

S ä z e

aus der

Rechtswissenschaft,

mit

einer Abhandlung:

V e r s u c h .

einer

Entwicklung des Begriffes und der rechtlichen
Verhältnisse

der

Regalität in Teutschland,

zur

Erlangung der Lizentiatenwürde

mit Bewilligung

der churfürstl. Juristenfacultät

unter dem Vorsize

des

Herrn Hofraths und Professors

Dr. N. T. G ö n n e r

zur öffentlichen Prüfung vorgelegt

von

L a u r e n z H i m m e l s t o f f

aus Straubing.



Landshut, 9. September 1803.

I. Allgemeine Rechtslehre.

1. Die Unrechtmäßigkeit des Büchernachdrucks muß auch auf Landkarten ausgedehnt werden, soweit diese nicht als Kunstwerke, sondern als Geistesprodukte anzusehen sind.

2. Im Ehevertrage giebt kein Theil seine Persönlichkeit hinweg, jeder ist sich selbst Zweck zur Erreichung eines heiligen der Menschheit nothwendigen Triebs. Fichte's Darstellung, wie das Weib seine Persönlichkeit wiedererlange, ist nur eine schöne Schwärmerei, denn für verlorne Persönlichkeit giebt es keinen Ersatz.

3. Der Staat in der Idee ist die einzige Bedingung, unter welcher mehrere Menschen nebeneinander die Bestimmung des Menschen erreichen können, und insoferne spricht die Vernunft das Dasein eines Staats als nothwendig aus. Darum können a) die Rechtsverhältnisse im Staate nicht aus einem Vertrage construiert werden, auch würde b) Sicherung der Rechte nur dann den einzigen Staatszweck ausmachen, wenn des Menschen ganze Bestimmung sich darauf beschränkte, unter Rechtsgesetzen zu leben, c) und ein Staat, dessen Verfassung bloß Geschichte wäre, ist ein Unding.

4. Die Herrschergewalt hat nur Rechte, aber die Person des Herrschers hat auch Pflichten, denn sonst würde der Staat von seiner Willkühr abhängen, und rechtlich zu sein aufhören.

5. Im Staate kann das Volk vom Staate rechtlich nicht unterschieden werden, Maier's Eintheilung in „Regierung des Volks und Führung des Staats“ ist demnach logisch unrichtig.

II. Teutsches Staatsrecht.

6. Die Eintheilung der Reichsstände in zwei Religionstheile steht mit den Fällen, wo Stimmenmehrheit in den Reichscollegien keine Kraft hat, in untrennbarer Verbindung, ihr Verein als Akt der Willkühr ist der Reichsverfassung unbekannt. Wo aber die Reichsstände constitutionell in zwei Religionskörper zerfallen, da ist ihre gütliche Ausgleichung nur als Surrogat eines Reichsgutachtens zu betrachten, welches erst durch kaiserliche Ratification zu einem Reichsschlusse erhoben werden kann.

7. Das kaiserliche Ratificationsrecht erstreckt sich nur auf solche Sätze, welche nicht schon durch Reichsgesetze entschieden sind. Ob nicht von den Entschädigungslanden, worauf bisher reichstägige Stimmen hafteten, diese Stimmen ipso Jure auf die neuen Länderbesitzer übergegangen seien, kann als ein Problem angesehen werden.

8. Den Reichsvicarien spricht die goldne Bulle mit dem Provisionsrechte eine allgemeine interimistische Regierungsgewalt zu. Auch der Reichstag kann nur unter ihren Auspicien fortgesetzt werden,

und ohne ihre Beistimmung ist ein Reichsschluss im Zwischenreiche nicht denkbar.

9. Die Frage von der Repräsentationseigenschaft deutscher Landstände ist dogmatisch, historische Gründe haben auf ihre Entscheidung keinen Einfluss. Ohne dass ihnen eine allgemeine Repräsentation zustünde, müssen sie in den Landesangelegenheiten, wofür sie die Reichsverfassung sanctionirt, aber auch nur in denselben, als Repräsentanten angesehen werden.

10. Weder in Handlungen, wobei es reichsständischen Befugnissen gilt, noch in wesentlichen Hoheitsrechten, ist der Landesherr an den Consens der Landstände gebunden, nicht einmal kann er sich freiwillig daran binden. Insbesondere können Landstände weder bei Bündnissen, noch bei der Gesetzgebung, noch bei der Verwendung der Kammergüter, ein Einwilligungsrecht in Anspruch nehmen. Beide Sätze gelten auch für Baiern.

11. In deutschen Territorien sind Kammergüter, worunter auch die zum Complementary der Entschädigung bestimmten geistlichen Güter gehören; nicht Staatseigenthum, sondern Eigenthum der regierenden Familie.

III. Kirchenrecht.

12. Kochs Meinung über die vota duplo majora, wenn eine Postulation mit einer Wahl collidirt, verdient vor Böhmers Lehre den Vorzug.

13. Aufhebung eines geistlichen Ordens d mit der Aufhebung eines Klosters nicht verwe

selt werden; jene gehört zur Sphäre der geistlichen, diese zur Sphäre der weltlichen Macht.

IV. Peinliches Recht

14. Ausser dem Staate giebt es kein Strafrecht; im Staate ist es nicht als Gattung, sondern nur als Art begründbar, nämlich als Art des Staatszwangs, und es fängt da an, wo der physische Zwang unmöglich ist. Peinliche Strafgewalt ist hievon eine Unterart.

15. Sobald Verstand oder Freiheit kein Hindernis sind, einem Subjekte die Handlung zu imputiren, darf nur die objektive Strafbarkeit ohne weitere Einmischung subjektiver Verhältnisse das Straferkenntnis bestimmen.

16. Allen Staatsbürgern ist der Staat Rechenschaft über Behandlung peinlicher Fälle schuldig, daher muss nicht nur die Vollziehung aller peinlichen Urtheile öffentlich geschehen, sondern es verdient auch öffentliche Untersuchung den Vorzug vor der stillen Inquisition.

V. Privatrecht

a) römisches;

17. Bei einem Transakte ist Verletzung über die Hälfte nicht denkbar, daher das bei andern vergeltlichen Verträgen zugestandene Anfechtungsmittel unzulässig.

18. In Berechnung der Verletzung über die Hälfte gilt kein Unterschied, ob der Käufer oder

ob der Verkäufer lädirt sei. In beiden Fällen entscheidet nur geometrische, nicht arithmetische Progression, und liefert den allgemeinen Satz: Wer nicht die Hälfte seiner Præstation vom andern Contrahenten zurückerhielt, ist über die Hälfte lädirt.

b) *teutsches,*

19. Die Lehre von den Regalien und den staatsrechtlichen Folgen des Personenstandes kann ohne Uebergriff des Privatrechts in das Staatsrecht im teutschen Privatrecht nicht gelehrt werden.

20. Die Apanage muß nur dann vermehrt werden, wenn der Grund, aus welchem der Zuwachs an Einkünften des regierenden Herrn floß, schon zu den Familienrechten eines apanagierten Herrn gehört.

c) *baiersches,*

21. Der Natur des Darlehensvertrags ist die Verordnung nicht angemessen, daß bei Geldschulden nach verändertem Münzfuse auf die Zahlungszeit gesehen werden solle.

22. Auch zum Verbothe des Anatocismus giebt es keinen befriedigenden Grund.

d) *Lehenrecht.*

23. Der Vasall ist verbunden, die auf seinem Lehen haftenden Dienste in einer den heutigen Verhältnissen angemessenen Præstation zu leisten, wenn er nicht will, daß sein Lehen eingezogen wird.

24. Successionsrecht und Successionsordnung sind nicht im Princip, sondern nur in seiner An-

wendung verschieden. Gradesnähe kann nach dem Geiste des Lehenwesens die Lehensfolge nicht bestimmen.

VI. P r o c e s s.

a) *gemeiner,*

25. Die Folgen des Ungehorsams sind, der Einwürfe Martins ungeachtet, keine Strafe, sondern Folgen des Verzichts und des Verschuldens.

26. Die Streitgenossenschaft muß in die eigentliche und uneigentliche abgetheilt werden, und zur ersten findet auch hypothetischer Zwang statt.

27. Der teutsche Concursprozess ruht auf ganz eigenen durch die Vernunft als nothwendig ausgesprochenen Principien, wovon das römische Recht die Basis nicht ausmacht.

b) *baierscher,*

28. Dafs Faustpfandgläubiger im Concourse kein Separationsrecht haben, ist nach der richtigern Meinung schon dem gemeinen Prozesse angemessen, die baiersche Gerichtsordnung, welche diesen Satz über allen Zweifel erhebt, verdient Beifall.

29. Der Rang der Gläubiger im Concourse sollte aus der Gerichtsordnung in das Landrecht verwiesen werden.

c) *reichsgerichtlicher.*

30. Im Mandatsprozesse können die Einreden gegen den Gerichtsstand gesöndert von den Einreden über den Streitgegenstand selbst vorgebracht werden.

7

Laurenz Himmelstofs

d. R. L.

Versuch

einer

Entwicklung des Begriffes und der rechtlichen
Verhältnisse

der

Regalität

in Deutschland.



mit einem Programm

des

Herrn Hofraths und Professors

Gönnerr

über

das rechtliche Princip

der

teutschen Territorialverfassung.



Landshut,

bei Philipp Krüll, Universitätsbuchhändler.

1804.

S ä z e
aus der
Rechtswissenschaft,
mit
einer Abhandlung:
V e r s u c h
einer
Entwicklung des Begriffes und der rechtlichen
Verhältnisse
der
Regalität in Teutschland,
zur
Erlangung der Lizentiatenwürde
mit Bewilligung
der churfürstl. Juristenfacultät
unter dem Vorsize
des
Herrn Hofraths und Professors
Dr. N. T. G ö n n e r
zur öffentlichen Prüfung vorgelegt
von
L a u r e n z H i m m e l s t o l s
aus Straubing.

Landshut, 9. September 1803.

wendung verschieden. Gradesnähe kann nach dem Geiste des Lehenwesens die Lehensfolge nicht bestimmen.

VI. P r o c e s s.

a) *gemeiner,*

25. Die Folgen des Ungehorsams sind, der Einwürfe Martins ungeachtet, keine Strafe, sondern Folgen des Verzichts und des Verschuldens.

26. Die Streitgenossenschaft muß in die eigentliche und uneigentliche abgetheilt werden, und zur ersten findet auch hypothetischer Zwang statt.

27. Der teutsche Concursprozeß ruht auf ganz eigenen durch die Vernunft als nothwendig ausgesprochenen Principien, wovon das römische Recht die Basis nicht ausmacht.

b) *baierscher,*

28. Dafs Faustpfandgläubiger im Concurse kein Separationsrecht haben, ist nach der richtigern Meinung schon dem gemeinen Prozesse angemessen, die baiersche Gerichtsordnung, welche diesen Satz über allen Zweifel erhebt, verdient Beifall.

29. Der Rang der Gläubiger im Concurse sollte aus der Gerichtsordnung in das Landrecht verwiesen werden.

c) *reichsgerichtlicher.*

30. Im Mandatsprozeße können die Einreden gegen den Gerichtsstand gesöndert von den Einreden über den Streitgegenstand selbst vorgebracht werden.

Ueber
das rechtliche Princip
der
teutschen Territorialverfassung.

Die Eintheilung Teutschlands in mehrere Territorien, deren jedes durch seine eigene oberste Staatsgewalt, Landeshoheit, regiert wird, ohne daß diese Theile durch ein Föderativsystem zusammenhängen, sondern vielmehr in einem Staat unter einer gemeinsamen höheren Staatsgewalt vereint sind, giebt der teutschen Verfassung so viel Eigenthümliches, daß sie mit keinem andern europäischen Staate verglichen werden kann. Noch wichtiger zeigt sich dieser Abstand, wenn man tiefer in die Verhältnisse teutscher Landesherren zu ihren Ländern eindringt. Niemand wird zwar in Abrede stellen, daß die Landesherren Regenten ihrer Länder seyen; aber man würde auf ungeheure Abwege gerathen, wenn man hieraus, ohne die positiven Quellen des teutschen Staatsrechts im Auge zu behalten, zermalmende Consequenzen ziehen wollte. Nicht nur irrte man in Rücksicht auf Kammergüter teutscher Fürsten, welche nach dem angezeigten Vorderatz für Staatseigenthum zu erklären wären; da sie doch wahres Privateigenthum

der regierenden Familie sind, für dessen Verlust noch bey Berichtigung des Lüneviller Friedens in diesem Jahre die Erbfürsten sogar durch Güter der in ihren alten und neuen Besitzungen gelegenen Klöster, welche der Philosoph richtig als Staatsgut betrachtet, entschädigt wurden, welche demnach als Surrogat die Eigenschaft desjenigen annehmen, in dessen Stelle sie traten: — sondern man irrte sogar, wenn man die Verhältnisse eines teutschen Fürsten zu seinem Lande nach den Grundsätzen von Erbmonarchien abmessen wollte. Die in Teutschland von jeher üblichen Ländertheilungen, Verkäufe oder Vertauschungen, selbst das neueste Entschädigungsgeschäft, wobey niemals ein Fürstenthum, sondern allemal nur der Erbfürst entschädigt wurde, beweisen deutlich, dass zwischen einer Erbmonarchie und einem teutschen Erbfürstenthum ein mächtiger Unterschied, dass dem letzten das Merkmal eines Eigenthums beygemischt sey. Wenn der teutsche Fürst die Churwürde erhält, so hat er aus den Kräften seines Landes den erhöhten Churfürstenschlag an Geld und Mannschaft zu tragen, obgleich das Land nicht verändert wird. Die uneingeschränkte Appellationsfreiheit, Primogeniturfolge, frühere Großjährigkeit des Regenten, sind un-

aufhaltbare Folgen dieser persönlichen Veränderung, welche wohl auf wahre Erbmonarchieen nicht passen würden. Wie man darüber 1803. dachte, und handelte, so dachte und handelte man schon von Reichswegen nicht nur in ältern Zeiten, wo die Landeshoheit in ihrer heutigen Vollendung noch unerkannt war, sondern sogar bey dem westphälischen Frieden, bey eben dem merkwürdigen Reichsgrundgesetze; in welchem der Landeshoheit in ihrer colossalischen GröÙe das constitutionelle Siegel aufgedrückt wurde. In der Form, wie die damals säcularisirten Stifter ihren neuen Besitzern überlassen wurden, herrscht eine solche Bestimmtheit, eine solche Umsicht in Wahl der Ausdrücke nach Verschiedenheit der Fälle, daß man noch heutzutag den tiefen Blick und die Genauigkeit der Schöpfer dieses diplomatischen Meisterwerks bewundern muß. Die Krone Schweden erhielt mehrere teutsche Länder, welche zwar der Krone Schweden selbst abgetreten, doch im Reichsverbande belassen wurden; man faßte daher die Cession nicht bloß auf die regierende Königin und ihre Familie, sondern auf das Königreich Schweden selbst in den Worten: „Caesarea Majestas de consensu Electorum, Principum ac Statuum Imperii — concedit eidem Serenissimae Reginae et futuris eius haeredibus ac

successoribus Regibus Regnoque Sueciae sequentes ditiones, pleno jure in perpetuum et immediatum Imperii feudum., (Art. X. §. 1. des Osn. Fr. Instr.) — Ganz anders drückt sich das westphälische Friedensinstrument bey der dem Churhaufe Brandenburg bewilligten Indemnification aus; vom Churlande wird mit keinem Worte gesprochen, sondern die ganze Indemnification nur auf den brandenburgischen Mannstamm in den Worten gerichtet: „Electori Brandenburgico, Domino Friderico Wilhelmo — eiusdemque posteris et successoribus, haeredibus atque agnatis masculis, cumprimis Dominis Marchionibus Christiano Wilhelmo — item Christiano Culmbacensi et Alberto Onolzbacensi, eorundemque successoribus et haeredibus masculis a sacra Caesarea Majestate de Consensu Statuum Imperii — tradatur Episcopatus Halberstadiensis (Mindensis, Caminensis, Magdeburgensis) — in perpetuum et immediatum feudum., (Osn. Fr. Art. XI. §. 1. 4. 5. 6.) Mit gleichen Ausdrücken bezeichnete man die Uebertragung der Bistümer Schwerin und Ratzeburg an das herzogliche Haus Mecklenburg (Art. XII. §. 1.), und der Abtey Hirschfeld an das Haus Hefencassel. (Art. XV. §. 2.) — Aber auf die dem Haufe Braunschweig Lüneburg zugestandene Entschädigung paßte keine der vorher ausgezeichneten

neten Formeln; an die Stelle mehrerer Coadjutorien auf säcularisirende Bistümer erhielt es nur eine abwechselnde Succession in das Bistum Osnabrück, welches seine Verfassung und Eigenschaft eines fürstlichen Hochstifts behielt, und nur durch Wahl abwechselnd einen Prinzen aus dem gedachten Hause zum Regenten bekam, seine Rechte wurden daher mit folgenden Worten bezeichnet: „Caesarea Majestas — consentit et permittit, ut alternativa Successio in dicto Episcopatu Osnabrugensi deinceps inter Catholicos et Augustanae Confessionis Episcopos, ex familia tamen Ducum Brunsvicensium et Lüneburgensium — postulandos locum habere debeat.,, (Art. XIII. §. 1.)

Die Vergleichung dieser drei verschiedenen Stellen in Verbindung mit den neuesten Ereignissen bey dem letzten Reichsfriedensgeschäfte zeigt wohl augenscheinlich, daß die Landeshoheit selbst im Eigenthum der weltfürstlichen Familien stehe, folglich auch darin von der Staatsgewalt nach Grundsätzen des allgemeinen Staatsrechts sich wesentlich unterscheide, so wenig auch geläugnet werden kann, daß der teutsche Fürst seine Länder als Staaten zu regieren verbunden sey. Als eine subordinirte und im Eigenthum einer Familie stehende Staatsgewalt ist die teutsche Landeshoheit eine höchst merkwürdige Erscheinung, und in der

Geist der teutschen Territorialverfassung eindringen oder das Princip derselben auffuchen, eine schwere Aufgabe, ohne deren Auflösung das Studium des teutschen Staatsrechts in seinen Fortschritten sehr gehemmt würde.

Herr Professor Zacchariä hat das Verdienst, daß durch ihn dieser wichtige Gegenstand zur Sprache kam; in seinem „Geist der teutschen Territorialverfassung,, (Leipzig, 1800. 8.) machte er den Versuch, das Princip oder die Principien der teutschen Territorialverfassung aufzustellen. Er glaubt, die Principien einer Verfassung könnten entweder aus der (göttlichen) Offenbarung oder aus der Vernunft, und im letzten Falle wieder entweder aus der Erfahrung oder aus reinen Vernunftkenntnissen entlehnt werden; diesen Plan verfolgte er auch in seiner Schrift. Er zeigte im ersten Abschnitt, daß die Offenbarung einen Einfluß auf die Ausbildung der Territorialverfassung gehabt habe, daß aber dennoch dieses Princip weder ausschließend noch hauptsächlich zu der Erklärung insbesondere von der Staatsverfassung teutscher Länder gebraucht werden dürfe. Im zweiten Abschnitt führte er die allgemeinen Erfahrungsgesetze auf, zeigte den Einfluß, welchen Klima und physische Beschaffenheit des Erdbodens, auswärtige Verhältnisse, besonders das System des

politischen Gleichgewichts, Lebensart der Teutschen, und die öffentliche Meynung auf die Bildung der teutschen Territorialverfassung hatten, und gestand ihnen zwar auf die Entwicklung derselben einen Einfluß zu, ohne sie zum eigentlichen Princip zu erheben. Aus Vernunftprincipien versucht Hr. Zacchariä die Ableitung der teutschen Territorialverfassung im dritten Abschnitt, er bekennt selbst, daß sich dieser Versuch nur mit Rechtsprincipien vornehmen lasse, welche er in objektive und subjektive eintheilt. Von objektiven Rechtsprincipien, nach welchen jede Staatsverfassung demokratisch, repräsentativ und republicanisch seyn muß (?), läßt sich die teutsche Territorialverfassung nicht ableiten; desto höheren Werth legt der Herr Verfasser auf subjektive Rechtsprincipien, welche die Landeshoheit theils als ein abgeleitetes Recht (entweder aus einer vom Kaiser und Reiche erhaltenen Vollmacht oder aus der Einwilligung der Unterthanen), theils als ein eigenthümliches Recht darstellen können; nachdem Herr Zacchariä zu beweisen sucht, daß Landeshoheit nicht als abgeleitetes Recht zu betrachten oder zu erklären sey, und daß sie als selbstständiges Recht nicht aus dem Hausherrnrechte abgeleitet werden dürfe, stellt er endlich Eigenthumsrecht am

Grund und Boden als Princip der teutschen Territorialverfassung auf, und zieht nach dessen Evolution rechtliche Folgen aus demselben; hiebey zeigt er vorderst seinen Einfluss auf das Territorialstaatsrecht, sowohl was das Verfassungsrecht (mit Einschluss der Landstände), als was das Regierungsrecht betrifft; worauf er den Einfluss seines aufgestellten Principis auf das europäische Völkerrecht und auf das teutsche Privatrecht darstellt.

Gegen diese Schrift trat der fürstlich thurn- und taxische Herr geheime Hofrath und Regierungsdirector v. Epplen mit einem Werke „Ueber das Princip der teutschen Territorialverfassung — Widerlegung der Schrift des Herrn Prof. Zacchariä: Geist der teutschen Territorialverfassung,“ (Frankf., 1803. 8.) auf; ein Gegner, welcher schon durch eine frühere Schrift (Geschichte der Landeshoheitsstreitigkeiten und Grundsätze, nach welchen dieselben beurtheilt werden müssen. Ulm, 1795. 8.) sich als einen bewährten Kenner des teutschen Staatsrechts legitimirt hatte, welcher auch mit seiner Gründlichkeit und Bescheidenheit Herrn Prof. Zacchariä widerlegte, die als Widerlegung nichts zu wünschen übrig lässt.

Mit vollem Rechte tadelt er die ganze Anlage der Ausführung seines Gegners. Man muss, wenn von Principien die Rede ist, Rechtsprincipien

von historischen Principien, und mittelbare von unmittelbaren unterscheiden. Da aus der Erfahrung nur historische Principien abgeleitet werden können, so fällt es in die Begriffe, daß Hr. Zacchariä die Gränzen dieser verschiedenen Principien weder mit nöthiger Schärfe abgesteckt, noch in der Ausführung streng eingehalten habe. Nach diesem Vorderfatze folgt Herr v. Epplen seinem Gegner Schritt für Schritt, und prüft mit einer seltenen Gründlichkeit, mit einem Reichtum schätzbarer publicistischen Bemerkungen, mit sichtbaren Proben seiner historischen Kenntnisse, jedes der Principien, woraus Herr Zacchariä mit einem mehr oder weniger entscheidenden Einfluß die teutsche Territorialverfassung ableiten wollte. Am weitläufigsten verbreitet er sich über das Eigenthumsprincip seines Gegners, und zeigt sehr gründlich, daß jene Fürstenhäuser, welche heutzutage Landesherren sind, nicht vom Anbeginne an das Landeigenthum des ganzen Districts hatten, über den sich jetzt ihre Landeshoheit erstreckt, daß das ganze Land nicht Privateigenthum des Fürsten, daß Privateigenthum kein Princip des Inbegriffs der Hoheitsrechte, und daß Erblichkeit des Rechts zu regieren mit dem Eigenthum des Landes nicht gleichgeltend sey.

Die Meynung des Herrn v. Epplen über das Princip der teutschen Territorialverfassung reducirt sich auf folgende Sätze:

1) Offenbarung und reine Vernunft-erkenntnisse, können nur das Rechtsprincip — die Erfahrung aber kann nur historische Principien an die Hand geben.

2) Das Rechtsprincip, welches Offenbarung und Vernunft aufstellen, kann kein anderes seyn, als Unterwerfung durch ausdrücklichen oder stillschweigenden Vertrag, weil weder jene noch diese unbefugten bloß auf Gewalt gegründeten Anmassungen der Oberherrschaft das Siegel der Rechtmäßigkeit aufdrücken kann.

3) Die historischen, aus der Erfahrung abgeleiteten, Principien können die Rechtmäßigkeit einer Verfassung nicht begründen, weil es nur Thatfachen sind; sie müssen aber berücksichtigt werden, weil sie den Geist der Staatsverfassung darstellen, das ist, weil sie zeigen, ob eine Unterwerfung (als Thatfache) und wie sie geschehen sey.

4) Die Landeshoheit als Inbegriff der Hoheitsrechte einer Staatsgewalt kann demnach auf keinem andern rechtlichen Princip, als dem der Unterwerfung durch einen ausdrücklichen oder

Stillschweigenden Vertrag zwischen Landesherrn und Landesunterthanen ruhen.

So gerne ich alles unterschreibe, was dieser Gelehrte zur Widerlegung seines würdigen Gegners mit allem eines Gelehrten würdigen Anstand vorbrachte, mit so lautem Danke ich das Verdienst beyder Schriftsteller über diesen Gegenstand anerkenne, so wenig kann ich demjenigen beypflichten, was beyde als Princip der teutschen Territorialverfassung aufgestellt haben.

Hr. Prof. Zacchariä läßt seine Leser im Zweifel darüber, ob er den historischen oder den rechtlichen Grund der teutschen Territorialverfassung darstellen wollte, er vermengt beyde offenbar, und sein im Landeigenthum aufgestelltes Princip kann weder als rechtliches noch als historisches Beyfall erhalten. Nicht als rechtliches, denn das Privateigenthum enthält an sich keinen Grund, aus welchem der Inbegriff aller Hoheitsrechte abzuleiten ist, und den Satz, daß der Eigenthümer, berechtigt, Jedem den Aufenthalt auf seinem Grundstück zu versagen, auch befugt sey, ihn unter der Bedingung einer Unterwerfung unter bürgerlichen Gehorsam zu verstaten, wird wohl niemand als rechtliches Princip anerkennen, weil eines Theils sogar nach demselben dieser Vertrag, nicht aber das Eigen-

thum an sich der rechtliche Grund der obersten Gewalt wäre, andern Theils in der Voraussetzung, daß Teutschland vor entstandener Landeshoheit ein Staat war, die Behauptung sichtlich falsch ist, daß der Privateigenthümer eines Districts, welcher mit seinem ganzen Eigenthum selbst die Unterthanseigenschaft an sich trägt, berechtigt sey, eine Unterwerfung unter seine oberste Gewalt (deren er als Unterthan nicht fähig ist) zur Bedingung des Aufenthalts auf seinem Eigenthum vorzuschreiben. — Nicht als historisches, denn alle Kenner der Geschichte kommen wohl darin überein, daß die heutigen Landesherren das Eigenthum des ganzen Districtes, worüber sich heutzutag ihre Landeshoheit erstreckt, zu keiner Zeit hatten, und daß die Landeshoheit im allgemeinen zwar gemeinsame historische Veranlassungen ihrer Existenz habe, aber daß die Landeshoheit über einzelne Gegenden Teutschlands aus speciellen Begebenheiten ihre Entstehung und Ausbildung erhalten habe, wie jedem einleuchtet, der in Franken und Schwaben an den Sturz des hohenstaufischen Hauses, und bey einigen Reichstädten an die Achtserklärung Heinrichs des Löwen sich erinnert. Es wird wohl nicht nothwendig seyn, mehr gegen die Behauptungen des Herrn Prof. Zacchariä anzuführen, vielmehr

ver-

verweise ich die Leser auf die gründliche Widerlegung, welche Hr. v. Epplen geliefert hat.

Da aber derjenige noch nicht das Recht auf seiner Seite hat, welcher nur einen Gegner widerlegte, so muß ich auch dasjenige prüfen, was Hr. v. Epplen als selbstständige Behauptung aufstellte. Nur verliert sich diese Prüfung in die Evolution des von mir aufzustellenden Rechtsprincips der teutschen Territorialverfassung gänzlich, ich werde daher ohne weiteres Polemisiren meine Gedanken im Zusammenhang vortragen, wobey ich nur die Bemerkung vorausschicke, daß eine Geschichte der Landeshoheit außer meinem Zwecke liegt, und diese Abhandlung sich auf Darstellung ihres rechtlichen Principis beschränkt.

Bey jedem Gegenstand, des positiven Rechts muß die Untersuchung dahin gerichtet seyn, ob das gesetzliche auch rechtlich sey, das heißt, ob das durch Willkühr bestimmte mit den unabänderlichen Ausprüchen der Vernunft übereinstimme: insoferne muß jede Bestimmung positiver Gesetze am Ende auf einem Vernunftprincip ruhen. Wendet man dieses auf einen concreten Staat an, so ist unläugbar, daß das oberste Rechtsprincip aller positiven Bestimmungen seiner Constitution in dem ursprünglichen Vertrage lie-

gen muß, welcher aber (wie Reiner in d. allg. Rechtslehre nach Kant S. 123. sehr richtig bemerkt) als Idee zu seiner Gültigkeit eines Factums oder eines Documentes nicht bedarf. Was nun aus einer positiven Bestimmung abgeleitet werden soll, das muß seinen endlichen Rechtsgrund im ursprünglichen Vertrage (in der Idee) haben, weil es sonst nur gesetzlich aber nicht rechtlich wäre: die Frage hingegen, ob es ^{wirklich} bestimmt sey, das Daseyn eines positiven Gesetzes gehört in das Gebieth der Erfahrung, und sobald die Geschichte sein Daseyn bewährt, sobald wird es Rechtsquelle, und für alle hieraus abzuleitenden Rechte ein mittelbarer oder vielmehr untergeordneter Rechtsgrund; nebenbey kann man fragen, aus welchen Veranlassungen eine positive Bestimmung ihr Daseyn erhalten habe, welche Umstände diese Begebenheit hervorbrachten, dieses macht das Gebieth der eigentlichen Geschichte aus, welche niemals Quelle, niemals ein Princip, weder ein historisches noch ein rechtliches, sondern nur Hülfsmittel ist. Die neueste französische Constitutionsakte muß, um rechtlich zu seyn, auf dem ursprünglichen Vertrage in der Idee als ihrem obersten Princip ruhen; sobald aber der historische Beweis ihr Daseyn außer Zweifel setzt, wird sie Quelle des französischen Staatsrechts: die

Erzählung der Begebenheiten, welche in ihrer Verkettung die Consularische Regierung hervorbrachten, gehört zur Geschichte der französischen Revolution.

Dieses auf Teutschland und auf Landeshoheit als Theil der teutschen Staatsconstitution angewendet, ist wohl darüber kein Streit, daß die Landeshoheit ihr endliches Rechtsprincip nur im ursprünglichen Vertrag in der Idee finden könne; aber diese Wahrheit ist viel zu unläugbar, als daß hierin die Crisis der Frage vom Princip der Landeshoheit gesucht werden dürfe, vielmehr liegt darunter eine andere Frage verborgen. Da nämlich die Landeshoheit in Teutschland als eine untergeordnete Staatsgewalt durch Reichsgrundgesetze sanctionirt, ihr Daseyn demnach historisch unbestreitbar ist, so wäre es verlorne Mühe, ihr entferntes Rechtsprincip, den Socialcontract in der Idee, aufzusuchen, man will vielmehr ihren nächsten Rechtsgrund erforschen; diese Untersuchung ist keine historische, denn man fragt weder, ob Landeshoheit existire, noch aus welchen Veranlassungen sie entstanden sey; die Untersuchung ist eine dogmatische, man soll darstellen, in welchem Rechtsverhältniß in Teutschland als einem Staate neben seiner obersten Staatsgewalt noch ei-

ne untergeordnete obere Staatsgewalt über die Theile (Territorien) gedacht werden könne?

Wäre Teutschland ein Staatenbund, wo jeder verbündete Staat einen selbstständigen in sich unabhängigen Verein bildet, so könnte die eben accentirte Frage gar nicht aufgeworfen werden, denn in Voraussetzung der historischen Gewissheit einer positiven Bestimmung der Constitution ist der entfernte Rechtsgrund auch der nächste, es giebt kein Mittelglied. Da aber Teutschland, seiner subordinirten Staatsgewalten der Theile ungeachtet, einen Staat bildet, so würde mit Hinweisung auf den ursprünglichen Vertrag entweder Nichts oder etwas Falsches gesagt: Nichts, da es nur auf Erforschung des nächsten Rechtsgrundes, keineswegs auf Untersuchung des unbestreitbaren endlichen Rechtsprincips ankommt — oder etwas Falsches, da man unter dem ursprünglichen Vertrag Teutschland als einen Staat wohl nicht betrachten dürfte, sondern jeden unter einem Landesherrn stehenden Theil des teutschen Staats mit einem besondern ursprünglichen Vertrag betrachten müßte: dieser besondere Vertrag aber das Princip der Territorialeintheilung oder Territorialverfassung schlechterdings nicht seyn kann.

Leicht läßt sich beweisen, daß dieser besondere Urvertrag das Princip nicht sey; Landeshoheit entstand in Teutschland unvermerkt, ihre Ausbildung war ein Werk vieler Jahrhunderte, ihre Sanction erhielt sie durch einen Akt der obersten Staatsgewalt in Teutschland vorstellenden, Personals, durch Einstimmung des Kaisers und der Reichsstände, welchen die Gewalt zukommt, Reichsgrundgesetze zu machen. Diesen liegt zwar ein ursprünglicher Vertrag zum Grund, aber nur jener, auf welchem Teutschland als ein Staat ruhet, nicht ein besonderer Vertrag jedes besondern Territoriums. An der Sanction der Landeshoheit konnten die Unterthanen eines heutigen Particularstaats keinen Antheil haben, sie waren ein bloß leidendes Subjekt, und es ist nach der teutschen Verfassung baare Unmöglichkeit, sich so einen besondern ursprünglichen Territorialvertrag zu denken, weil derselbe vor Sanction der Landeshoheit geradehin ungültig (welcher Staat würde wohl seinen Unterthanen zugestehen, sich selbst in einen untergeordneten eigenen Staat zu bilden?) — und nach der Sanction unnütz gewesen wäre, er hätte das Erschaffene nun erst erschaffen wollen! Es liegt also am Tage, daß ein ursprünglicher Territorialvertrag das Princip der Territorialverfassung nicht seyn könne.

Auch war ers nie in Teutschland. Ländertheilungen, Länderconsolidationen, Ländertausche, Länderveräußerungen nahmen die Landesherren nach ihrer Convenienz vor, an die Unterthanen, den ursprünglichen Vertrag, dachte niemand. Das Reich entsetzte Heinrich den Löwen seines Herzogthums, und Regensburg ward Reichsstadt: die Herzoge in Schwaben kamen in Abgang, und die bis zum lüneviller Frieden ins unendliche bunte Charte von Schwaben widerlegt den ursprünglichen Vertrag der herzoglich schwäbischen Inwohner schon beym ersten Anblick. Durch Säcularisationen, Mediatisirungen bey dem westphälischen und neuesten Reichsfrieden disponirte das Reich über einzelne Territorien rechtlich, obgleich auf eine mit solchen ursprünglichen Territorialverträgen unvereinbare Weise.

Worin soll aber das Princip der teutschen Territorialverfassung bestehen? oder besser zu sagen: in welchem Rechtsverhältnisse steht sie im Ganzen zur Reichsverfassung?

Das bisher Gesagte erprobt, daß der nächste Rechtsgrund aller Territorialverfassung in Teutschland nur in einer Sanction der Reichsgrundgesetze, ihr endliches Rechtsprincip aber im ursprünglichen Vertrage Teutschlands als eines Staats, keineswegs in einem besondern ursprünglichen Vertrage jedes

besondern Territoriums, ruhe. Nach dieser Ansicht ist noch doctrinell zu erforschen, in welchem Rechtsverhältniß Landeshoheit oder Territorialverfassung zur Reichsverfassung im Ganzen stehen und gedacht werden könne.

Als unbestritten darf ich voraussetzen, daß Teutschland ein Staat vor entstandener Landeshoheit war, und auch nach ihrer Entstehung blieb. Nun gehet aus dem Begriffe eines Staats die unerläßliche Forderung an die oberste Gewalt hervor, daß sie den Staat in allen seinen Theilen und nach allen Ausflüssen der Herrschergewalt regiere, denn eine nicht regierende Staatsgewalt würde ein Widerspruch seyn, welcher den Staat selbst vernichtet. Die Folge auf Teutschland als einen Staat macht sich von selbst. Will die Staatsgewalt diese Forderung nicht unmittelbar erfüllen, so muß sie Etwas substituiren, wodurch die Theile des noch immer einen Staats von ihr mittelbar regiert werden, und dieses Substituirte kann kein anderes rechtliches Verhältniß, als das: einer Staatsanstalt, an sich tragen. Seyen die Prädicate dieses Substituirten noch so erhaben, der Umfang der ihm beygelegten Rechte noch so ausgedehnt, sein Rechtsverhältniß zum Ganzen, so lange dies noch einen Staat bildet, kann immer noch das Verhältniß einer Anstalt im Staate seyn, v

durch die Staatsgewalt die Theile des Staats mittelbar regiert. Obwohl die teutsche Landeshoheit subordinirt unter die höhere Reichsgewalt im Inbegriff aller Herrscherrechte nach Grundsätzen des allgemeinen Staatsrechts (mit Ausnahme der kaiserlichen Reservatrechte) besteht, obwohl diese Gewalt innerhalb jedes Landes gegen alles Vor- oder Eingreifen in irgend ein Regierungsrecht durch die kaiserliche Wahlcapitulation (Art. I. §. 8.) gesichert ist, obwohl die Reichsstände ihre Territorien gegen benachbarte Territorien als besondere Staaten zum Theil nach völkerrechtlichem Verhältniß behandeln können, obwohl sie gegen auswärtige Staaten im ausgedehnten Gebrauche des Völkerrechts stehen, so wird doch durch alles dieses das Grundverhältniß der Landeshoheit zur Reichsverfassung nicht abgeändert, sie ist und bleibt eine Reichsanstalt zur Regierung der Theile des teutschen Staats, und alle vorher angeführten Vorzüge sind Prädicate dieser Anstalt, welche ihr constitutionelles Verhältniß zum Ganzen nicht verändern.

Es ist einleuchtend, daß durch diese doctrinelle Darstellung die Landesherren an ihren gesetzlichen Vorzügen gar nichts verlieren, und bey derselben alle Bestimmungen der Reichsgrundgesetze ihre unge störte Kraft behalten; auch an der Wichtigkeit dieser Untersuchung wird kein Kenner unfers

Staatsrechts zweifeln, denn sie gewährt uns einen befriedigenden Grund, warum teutsche Landesherren nicht einmal durch Verträge mit den Landständen wesentliche Hoheitsrechte aufgeben oder beschränken können, sie zeigt, daß das sogenannte Territorialstaatsrecht vom Reichsstaatsrechte einen untrennbaren Theil ausmache, sie zeigt sogar, welchen Platz die Landeshoheit in einem Systeme des teutschen Staatsrechts einnehmen müsse.

Um einen Gegenstand von solch' hohem Belange außer Zweifel zu setzen, will ich noch die Gründe meiner Gegner prüfen.

Herr Professor Zacchariä benimmt sich über diesen Punkt ziemlich sonderbar. Er gesteht zu, „daß die landesherrliche Gewalt als eine vom Kaiser und Reiche abgeleitete Gewalt betrachtet werden müsse“, und doch gleitet er über dieses Princip hinweg, und darum hinweg, weil „dieser Rechtsgrund der landesherrlichen Gewalt eigentlich nicht als ein Erklärungsprincip der teutschen Territorial - Verfassung gebraucht werden (könnte); da sie dadurch vielmehr unmittelbar bestimmt würde.“ — Als ob man den Geist einer Verfassung nur erklären, aber nicht begründen, oder sich vor der unmittelbaren Begründung an die Erklärung wagen dürfte!!

Herr geh. Rath v. Epplen bringt da, wo er über diesen Punkt seinem Vorgänger begegnet, Zweifel gegen dieses Princip vor, und bekämpft es theils aus rechtlichen, theils aus historifchen Gründen. Seine historifchen Beweife enthalten fchätzbare Winke für jeden, welchen die Entftehungsgefchichte der Landeshoheit intereffirt, aber da ich fchon oben die Gränzen zwifchen Gefchichte und Staatsrecht genau abgeftekt, da ich gezeigt habe, dafs es hier einer historifchen Frage allenthalben nicht gelten könne, indem ich die reichsgefetzliche Sanction der Landeshoheit, ohne welche fie überhaupt rechtlich nicht denkbar ift, als historifche Wahrheit vorausfetze, fo treffen mich feine historifchen Einwürfe nicht.

In Anfehung der rechtlichen Gegengründe halte ich 1) den Schlufs: die Landeshoheit ift von Kaifer und Reich abhängig, alfo auch abgeleitet, für richtig fobald man demfelben eine bessere Form giebt. In einem Staate kann fich eine untergeordnete Staatsgewalt nicht anders rechtlich bilden, als durch Sanction der Gewalt des Gefammtftaates, und diefe Sanction fetzt eine folche fubordinirte Gewalt nothwendigerweife in das Verhältnifs einer Staatsanftalt zur Regierung der Theile. Diefe Ableitung ift auch, in Vorausfetzung der historifchen

Wahrheit dieser Sanction, nicht mehr ein historischer, (wie Hr. v. Epplen irrig dafürhält), sondern ein durchaus rechtlicher Grund.

2) Gerne gestehe ich Hr. v. Epplen zu, daß der Kaiser, um die Staatsgewalt auf die Stände übertragen zu können, erst selbst die Gewalt und einen Rechtsgrund derselben gehabt haben müsse; auch daß dieser Grund kein anderer, als der ursprüngliche Vertrag (in der Idee) seyn könne. — Aber die ganze Differenz zwischen ihm und mir ruht nur in den Subjekten, welche er diesem Vertrage unterstellt. Er denkt sich die Unterthanen eines heutigen teutischen Particularstaates und ihren Landesherrn als Subjekte dieses Vertrages — ich habe gezeigt, daß wohl ein ursprünglicher Vertrag, aber nur der Vertrag, welcher dem teutischen Gesamtstaate zum Grund liegt, das oberste Rechtsprincip ausmache: Er fordert den Beweis, daß der Kaiser die Macht hatte, seine Regierungsgewalt den Ständen zu übertragen — ich habe bewiesen, daß die Gesamteinwilligung des, die Reichsgewalt vorstellenden, Personals — des Kaisers und des Reichs — die Landeshoheit als Theil der Reichsverfassung (Osn. Fr. Art. VIII. §. 1.) sanctionirt habe, deren Gewalt wohl nicht

in Zweifel zu ziehen ist. Auch dieser Einwurf hebt demnach meine Gründe nicht auf.

Hr. v. Epplen sagt (§. 58.): „hätte der Herr Verfasser (Zacchariä) gezeigt, daß der Kaiser (mit reichsverfassungsmässiger) Einwilligung der Reichsstände) die Landeshoheit an die Stände übertragen (d. h. sie functionirt) habe; hätte er dann noch gezeigt, daß Kaiser und Reich das Recht zu dieser Uebertragung (aus dem ursprünglichen Vertrage des teutschen Gesamtstaates) gehabt haben, so wären wir mit dem Rechtsprincip im Reinen gewesen“ — ich nehme den würdigen Gelehrten beym Worte, und biete ihm freundschaftlich die Hand mit herzlichster Freude, wenn diese wenigen Blätter über einen sehr wichtigen Gegenstand des teutschen Staatsrechts Einverständniß unter den Gelehrten hervorgebracht haben.

Diesen Aufsatz entwarf ich, wie meine Leser selbst erkennen werden, mit äußerst flüchtiger Feder, unter einem Drange anderer Arbeiten, die mir nicht einmal zur Revision Zeit ließen; er erscheint daher ohne allen litterarischen Prunk im schlichten Gewande des Selbstdenkens, denn daß er, was das

Materielle angeht, die Frucht eines reifen Nachdenkens ist, gestehe ich gerne, und ich würde mirs nicht verzeihen können, wenn ich über einen Gegenstand von solcher Wichtigkeit nur mit unreifen Gedanken vor dem Publikum aufgetreten wäre. Nur für die Form bitte ich um Nachsicht, das Materielle gilt der Wahrheit, und unterliegt der schärfsten Kritik.

Angenehm ist mir der Anlaß, der diesen Aufsatz früher ins Publikum bringt. — Er ist die Feyer des unter den Zöglingen unserer Universität wieder erwekten litterarischen Geistes, der Tag, an welchem Herr Lct. Weindler, nun zum Lohne seiner Verdienste als Landrichter in Erding gnädigst angestellt, vor zwey Jahren der erste war, welcher im litterarischen Kampfplatze auf der regenerirenden Universität erschien. Manchen hellen Kopf, unter denen schon Herr Klemm als Hofgerichtsrath hervorleuchtet, hat die Juristenfakultät dem Vaterlande ausgebildet auf solche Weise dargestellt, einige nicht unbedeutende Geistesprodukte waren eine Frucht dieser nützlichen Reforme. — Auch die Schrift, welche ich hier ins Publikum einzuführen aufgefordert wurde, gehört unter dieselben. Sie ist das Werk ihres Verfassers, Herrn Himmelfstofs, welchem die Juristenfakultät zum Lohne sei-

nes Fleißes den Preis, unentgeldliche Ertheilung
der Licentiatenwürde, mit Vergnügen zuerkannte.
Ein segnendes Gefühl, womit der Lehrer solche
Früchte seiner Bemühungen erblickt, ein Ersatz
für die Mühefeligkeiten des Lehramts, wenn er
auch andere Aufmunterungen entbehren muß! —
Landshut, 21. August 1803.

Dr. N. T. Gönner.

V e r s u c h

einer

Entwicklung des Begriffes und der rechtlichen
Verhältnisse

der

R e g a l i t ä t

in Deutschland.

Inhaltsanzeige.

- §. 1. Es mangelt an einem bestimmten Begriffe der Regalität, so nothwendig er auch ist.
- §. 2. Geschichte der Regalien.
a) Ursprung und Etymologie des Wortes Regale.
- §. 3. b) Constitution Friedrichs I. II. F. 56.
- §. 4. c) Constitutionen Friedrichs II. 1220. 1232.
- §. 5. d) nach ausgebildeter Landeshoheit, und dem Westphälischen Frieden.
- §. 6. Prüfung dessen, was die neuesten Schriftsteller über Regalien lehrten:
a) Pütter.
- §. 7. b) Nettelbladt.
- §. 8. c) Häberlin.
- §. 9. d) Runde.
- §. 10. e) Danz.
- §. 11. f) Majer.
- §. 12. Uebergang zur Ausführung.
- §. 13. I. Allgemeines Staatsrecht,
a) Kant.
- §. 14. b) Fichte.

Inhaltsanzeige.

- §. 15. c) Ob Forste nicht zum Regale erhoben werden sollten, ist ein Problem.
- §. 16. II. Teutsches Staatsrecht. — Regalien in Rücksicht
a) auf die Reichshoheit,
- §. 17. b) auf die Landeshoheit,
1) wesentliche Rechte derselben,
- §. 18. 2) zufällige.
- §. 19. Begriff der Regalität.
- §. 20. Grund der Regalität.
- §. 21 - 24. Was nicht Regale sey?
- §. 25. Die aus der Regalität fließenden Rechte, im Gegensatz
- §. 26. der hievon unabhängigen Hoheitsrechte, beydes durch den Bergbau erläutert.
- §. 27. Beweis der Regalität.
- §. 28. Wie ferne hiebey der Besitz schütze.
- §. 29. Anwendung dieser Sätze auf das Verhältniß der landesherrlichen Gewalt zur Ausübung kaiserlicher Reservatrechte in den Territorien.
-

§. 1.

Es mangelt an einem bestimmten Begriffe der Regalität, so nothwendig er auch ist.

So groß die Zahl der Schriftsteller über Regalien ist, so klein ist der Aufschluß, den man durch ihre Werke über den Begriff der Regalien im allgemeinen, und über ihr Verhältniß zu den übrigen Hoheitsrechten erhält. Ihre Stärke setzen sie in Untersuchung der Regalität einzelner Rechte, und über den Begriff der Regalität selbst gleiten sie hinweg, als ob man nicht zuerst das Prädikat genau bestimmen müßte, ehe man es von einem Subjekte auslegt: selbst die voluminösen Werke über Regalien klären gerade das Wichtigste nicht auf, nämlich den Gegenstand, von dem sie handeln. Jargow z. B. a) beschäftigt sich mit der wichtigen Untersuchung, ob das Wort Regale den Charakter

a) Einleitung zu der Lehre von Regalien, Rostok. 1757.

eines Substantivs, oder Adjektivs behaupte, und bemüht sich das Räthsel zu lösen, warum man statt Regalien nicht lieber den Ausdruck Imperialia brauchen mochte, indem damals nicht Könige, sondern Kaiser auf dem Throne saßen. — Man schliesse nun auf die Ausbeute, welche man von Bearbeitungen hoffen darf, wobey nichts Geringeres, als der Gegenstand der Erörterung unbestimmt gelassen wird! So lange nun kein bestimmter Begriff von Regalität abgesteckt ist, keine befriedigende Grundsätze darüber aufgestellt werden, so lange ist alles Streben nach Emporbringung dieses Gegenstandes verlorne Mühe; unvermeidlich sind da die Irrthümer, welche im Begriffe, dem Rechtsgrunde, den Folgen, und Umfange einzelner Regalien begangen werden; die große Zahl unnöthiger, oder verschobener reichsgerichtlicher Prozesse ist eine natürliche Folge davon, und manche Entscheidung gleichsam, wie aus der Luft gegriffen. Denke man sich, es entsteht ein Streit, ob Torf, Gips u. s. f., ein Regale sey, oder nicht. Da fragt es sich, was der Regent selbst auf das streitige Objekt für Rechte habe, was den Gegenstand des Beweises ausmache, wer beweisen müsse u. dgl.; woher nun den Aufschluß über alle jene Fragen, wenn der Begriff der Regalität noch nicht aufgefunden ist? —

Freylich sagt Nettelbladt b), die Bedeutung des Wortes: Regalien: ist so verschieden, daß man am besten thut, wenn man sich dieses Wortes in der Theorie des heutigen Staatsrechtes so viel möglich enthält; allein ich glaube, daß wir den Ausdruck Regal, weil er schon einmal gegeben ist, und seine Verbannung die Schöpfung eines andern Namens nothwendig machte, immer beybehalten dürfen, und müssen, wenn wir nur einen bestimmten Begriff damit verbinden, und ihn nicht nach den Zeiten einer ganz andern Staatsverfassung modeln, vielmehr denselben nach dem Geiste und Bedürfnisse unserer heutigen Reichsverfassung berichtigen. Es unterliegt demnach wohl keinem Zweifel, daß die Entwicklung des Begriffes der Regalität eine schwierige Aufgabe sey; aber damit ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen: vielmehr hat ein großer Mann in Deutschland c) schon den Grundstein

b) Von den wahren Kennzeichen der Territorialrechte — in seinen Erörterungen einiger einzelner Lehren des teutschen Staatsrechtes. Halle. 1773. §. 2.

c) Herr geheimer Rath von Zentner Dissertatio de differentiis jurium imperii, ac domínii, eorumque effectibus in regimine territoriali. Heidelberg. 1793. Auch Herr Hofrath Gönner hat in 5 auserlesenen Rechts-

dazu gelegt, den Weg gebahnt, der zum Begriffe der Regalität führt. Es sey mir erlaubt, diese Bahn weiter zu verfolgen.

§. 2.

Geschichte der Regalien.

a) Ursprung und Etymologie des Wortes Regale.

Dafs das Wort Regale seinen Ursprung von solchen Staatsverfassungen entnahm, wo der ganze Staat von der obersten Gewalt des Königs, die einzelnen Provinzen aber von königlichen Beamten verwaltet wurden, so, dafs ihre Rechte jenen, welche die Könige sich vorbehielten — gegenüber stunden, hat Nettelbladt a) bewiesen. Der Namen Regale paßte daher ganz auf die Verfassung Deutschlands und Italiens, und bezeichnete seiner ursprünglichen Bedeutung nach ein königliches Recht (jus regale) b), oder das, was wir heutzutag unter kaiserlichen Reservatrechten verstehen.

fällen Band II. S. 1 - 74. (Landshut. 1802. 8.) diese Lehre durch einen sehr wichtigen Rechtsfall nach ganz neuen und richtigen Ansichten erläutert.

a) a. a. O. S. 249.

b) v. Epplen, Ueber das Princip der teutschen Territorialverfassung. Frankfurt. 1803. §. 199. S. 113.

§. 3.

b) Constitution Friedrichs II. F. 56. enthalten.

Geläufiger, als in Teutschland war das Wort Regale in Italien. Die Kaiser hatten die Oberherrschaft in diesem Lande; aber Niemand wußte eigentlich, worin ihre Rechte bestünden; denn so lange sie, sagt Schmidt a), mit einem zahlreichen Heere gegenwärtig waren, galten ihre Befehle; so bald sie den Rücken kehrten, thaten die Italiener, was sie wollten. Geschwächt war schon das kaiserliche Ansehen in Teutschland, hohe Vorrechte hatten die Reichsstände, Friedrich I. sah ein, daß ihm die Wiederherstellung des alten Glanzes der Kaiserwürde in Teutschland nicht gelingen könne. Er warf sein Augenmerk auf Italien, welches ohnehin durch sein mildes Klima und den Glanz seiner Städte für einen damaligen Regenten sehr anlockend seyn mußte. Eben hatte ihn Maylands Eroberung zum Schrecken Italiens gemacht, diesen glücklichen Zeitpunkt benützte er zur Herstellung der Kronrechte in Italien, hielt eine feyerliche Versammlung auf den ronkalischen Feldern, und warf

a) Geschichte der Teutschen. II. Th. S. 698.

die Frage auf: *Quae sint regaliae*? Die berufenen bononischen Rechtsgelehrten — die eifrigsten Anhänger des damals jüngst aufgenommenen, und die monarchische Regierungsform so ungemein begünstigenden römischen Rechtes — mußten diese Frage entscheiden.

Diese brachten wirklich ein Verzeichniß der, Friedrich I. als Kaiser und König in Italien zustehenden, Hoheitsrechte und Regalien zu Stande, das auch von den zitternden Italienern angenommen wurde und dem Kaiser jährlich bei zwölf Millionen Reichsthaler b) eintrug. Die longobardische Lehenrechtsammlung hat uns diese Constitution Friedrichs I. vollständig in den Worten aufbewahrt: „*Regaliae — armandiae, viae publicae, flumina navigabilia, et ex quibus fiunt navigabilia, portus, ripatica, vectigabilia, quae vulgo dicuntur telonia, moneta, multarum poenarumque compendia, bona vacantia, et quae ab indignis legibus auferuntur, nisi quae specialiter quibusdam conceduntur: bona contrahentium incestas nuptias, condem-*

b) Götting. historisches Magazin 4. B. 1. St. S. 147., wo auch der historische Irrthum berichtigt und bewiesen wird, daß jene Constitution nicht von Friedrich II., sondern von Friedrich I. sich herschreibt.

natorum, et proscriptorum — secundum quod in novis constitutionibus cavetur, angariarum, parangariarum, et plaustorum, et navium praestationes, et extraordinaria collatio ad felicissimam regalis nummis expeditionem, potestas constituendorum magistratuum ad iustitiam expediendam: argentariae, et pulatiae in civitatibus consuetis: piscationum redditus, et salinarum, et bona committentium crimen maiestatis, dimidium thesauri in loco caesaris inventi, non data opera ad eum pertineat. —

Wirklich ein buntes Gemische von Rechten! Staatseigenthum — viae publicae — Hoheitsrechte — bona contrahentium incestas nuptias, potestas constituendorum magistratuum — eine Menge nicht auf den Staatszweck, sondern nur auf die Einkünfte des Regenten abzielender Befugnisse — angariarum, parangariarum, et navium praestationes — die heterogenesten Rechte finden wir zur Kategorie der Regalien geworfen.

Aber wie war es damals anders möglich? im Mangel an aller Kenntniß des allgemeinen Staatsrechtes, als Basis und Canon von jedem positiven öffentlichen Rechte c), und bey der herrschenden

c) Hofr. und Profess. Felsmaier Grundriß des bayerischen Staatsrechtes. Ingolstadt. 1801. §. 3. * —

Feudalanarchie, die nicht erlaubte, nach richtigen Grundsätzen einzuschreiten, konnte, und wollte man nur für die Krone retten, was noch zu retten war! —

Glück genug, daß diese Constitution kein Gesetz für Teutschland ist! Sie schränkt sich bloß, wie ihre Entstehungsgeschichte zeigt, auf Italien ein, und kann nie in Teutschland bey der Frage, über Regalien, weder auf den Kaiser, noch auf die Reichsstände Anwendung finden, wie Pütter, d) Häberlin e) und Seidensticker f) bis zum Augenscheine bewiesen haben.

§. 4.

c) Constitutionen Friedrichs II. 1220. 1232.

Jene Constitution kam mit dem longobardischen Lehenrechte, und damit der häufigere Ge-

v. Roth Staatsrecht teutscher Reichslande I. Th. S. 1. und 7.

d) in der Litteratur des teutschen Staatsrechts I. Th. und in den Beyträgen zum teutschen Staats- und Fürstenrechte. I. Th. 12. Abhandlung.

e) Repertorium des teutschen Staats- und Lehenrechts — von Regalien. §. 4.

f) Dissertatio de fundamentis juris supremæ potestatis circa adespota. Götting. 1789. §. 49.

brauch des Wortes *Regale* aus Italien nach Teutschland, und hat mit allen aus Italien bezogenen Produkten dieß gemein, daß sie uns Teutschen theuer zu stehen kömmt, denn die Italiener verstanden es von jeher, ihre Waare uns um hohe Preise, bestehen diese in Geld, oder Wahrheit, zu verkaufen.

Zwar ließen sich die teutschen Fürsten auf den Fuß italienischer Vasallen nicht behandeln, zwar erkannten sie diese Constitution nicht als ein teutsches Reichsgesetz; aber das Wort *Regale* gewannen sie doch lieb; denn sie lernten da die leichte Kunst, sich von ihren Bezirksgefeßenen nach dem Beyspiele der Kaiser die mannichfaltigsten Vortheile zu verschaffen, und mancher unter dem Namen eines Kameralisten verborgener Plusmacher fand da eine reiche Quelle zur Erhöhung der Einkünfte teutscher Großen. Der Name *Regalien* paßte auch sehr gut in die damalige Staatsverfassung; denn noch hatten die Stände nur aus speciellen Verleihungen der theils freygebigen, theils religiösen Kaiser nur einzelne Rechte a); mit Einkünften war ihnen auch mehr gedient, als mit Ausübung der

a) Schmidt Geschichte der Teutschen. III. Th. S.

Staatsgewalt, die nichts einträgt. Wie aber durch die unglücklichen (Kreuz!) Züge nach Italien, und ins heilige Land, durch das überhandgenommene Faustrecht die teutsche Krone an ihrem ursprünglichen Glanze, und an ihrer Macht, in dem Grade verlohrt, als die Gewalt der Stände zunahm, so kam es so weit, daß Kaiser Friedrich II. im Jahre 1220 erst den geistlichen, und später, 1232, den weltlichen Ständen schon sehr allgemeine Versicherungen über ihre Rechte ausstellen mußte. —

In der ersten Urkunde b) für die geistlichen Stände heisst es: „Digna recolentes animadversione, quanta fide dilecti nostri principes ecclesiastici nobis adhuc adsisterunt — censuimus eos, per quos promoti sumus, semper promovendos — igitur quia inter eorum gravamina quaedam abusiones inoleverant in novis teloneis, in monetis, quae se invicem ex similitudinibus imaginum destruere consueverant, in guerris advocatorum, et aliis malis —; nova telonea, et novas monetas in ipsorum territoriis, sive jurisdictionibus eis inconsultis, seu nolentibus non statuemus, sed antiqua telonea, et jura monetarum eorum ecclesiis concessa — tuebimur. Item nulla aedificia, castra videlicet, seu civitates in fundis ecclesiarum, vel occasio-

b) Schmaafs corpus juris publici. I. Th. S. 4.

ne advocatiae, vel alio praetextu construantur. — Item inhibemus, ne quis officialium nostrorum in civitatibus eorundem principum jurisdictionem aliquam sibi vindicet, nisi per octo dies ante curiam nostram ibidem publice indictam, et per octo dies postea finitam. Nec etiam per eosdem dies in aliquo excedere praesumant jurisdictionem principis, et consuetudinem civitatis. Quotiescunque autem ad aliquam civitatem eorum accesserimus sine nomine publicae curiae nihil in ea juris habeant, sed princeps, et dominus ejus plena in ea gaudeat potestate. “ —

In der zweyten Urkunde c) für die weltlichen Stände kommen unter andern folgende Stellen vor: „Unusquisque principum libertatibus, jurisdictionibus, comitatibus, centis, sive liberis, sive infeudatis utatur quiete, secundum terrae consuetudinem approbatam. Centumgravii recipiant centas a domino terrae, vel ab eo, qui per dominum terrae fuerit infeudatus. Locum centae nemo mutabit sine consensu domini terrae. Nullam novam monetam in terra alicujus principis cudi faciemus, per quam moneta ejusdem principis deterioretur.“ etc.

Wieder ein wahres Quodlibet! Wir finden die mannichfaltigsten Rechte, und die verschieden-

c) Schmaufs, a. a. O. S. 6.

sten Arten derselben, welche den Inhalt jener zwey Constitutionen ausmachen, mit dem Namen Regalien bezeichnet. — Wer mag da klug werden, wer den Begriff von Regalien bestimmen? Die Ursache dieser Verworrenheit scheint mir aber so unerklärbar nicht. Beyde Urkunden wurden nach dem schlechten Modelle der italienischen Constitution Friedrichs I. gegossen, und wer wird da was Besseres erwarten?

Auch die lateinische Sprache, und das römische Recht, das in die teutsche Gesetzgebung sich einzuschleichen anfieng, mußten natürlich eine Verwirrung hervorbringen, jene, weil sie für manche später entstandene Institute keinen anpassenden Namen hat, und dieses, weil es nur mit großer Behutsamkeit als Quelle Platz greifen darf, aber die Vorichtsregeln im Gebrauche in den damaligen Zeiten ganz unbekannt waren.

§. 5.

d) Nach ausgebildeter Landeshoheit, und dem westphälischen Frieden.

Bisher war die Landeshoheit nicht bekannt; nur einzelne Baumaterialien wurden in dieser Periode zu dem Kolosse späterer Zeiten gesammelt; bisher hatten die Stände ihre Rechte, die sie besaßen, besondern kaiserlichen Verleihungen zu

danken. Unvermerkt stieg endlich durch Zusammenwirkung verschiedener Ursachen aus den Ruinen der verfallenen kaiserlichen Gewalt die Landeshoheit in den einzelnen Theilen Teutschlands empor; der westphälische Friede a) drückte ihr das Siegel auf, unter dem bedeutenden hohen Namen „*Superioritas territorialis — liberum juris territorialis exercitium.*“ Die kaiserliche Wahlkapitulation b) spricht von Landeshoheitsrechten in Militair - Cameral - Polizey - Justitz - Criminal - und Gnadenfachen, und mit der vollendeten Ausbildung der Landeshoheit, als einer obersten Staatsgewalt mit dem Inbegriff aller Herrscherrechte, gieng eine wesentliche Veränderung ihrer Befugnisse vor.

Das Gefühl und der Anblick ungeheurer, in einem Menschen konzentrirter Macht, sagt der kraftvolle Schlötzer, c) macht eine Glorie, einen Nimbus um ihn her. Alles bekömmt einen neuen Schein, sogar die Sprache ändert sich, sein Stuhl heisst ein Thron, seine Domestiken Hoffstaat. Was nun die Landesherren, ehe sie diese erhabene Eigenschaft erhielten, aus kaiserlichen Concessionen be-

a) I. P. O. Art. VIII. §. 1.

b) K. W. K. Art. I. §. 9.

c) Allgemeines Staatsrecht. S. 138.

fassen, ist itzt meist ein unverkennbarer Ausfluß ihrer Staatsgewalt; sie schuf die *Privilegia de non evocando*, *privilegia fisci*, die specielle Verleihung des Blutbanns in Theile eines höheren Ganzen um; denn alle diese Rechte sind von der Landeshoheit, als Inbegriff der Hoheitsrechte d), untrennbar; obgleich der westphälische Friede nicht in allen seinen Stellen im Ausdruck sich gleich bleibt, und z. B. bey Reichsstädten von einem *Privilegium Fisci* spricht, da doch diese reichsunmittelbar sind, so gut, wie mächtigere Reichsstände Landeshoheit haben, folglich in ihr das Recht des Fiscus mit seiner ganzen Ausdehnung unmittelbar begriffen ist. e)

Nun wurden, nachdem das Gebäude der Landeshoheit in seiner ganzen GröÙe vollendet da stand, landesherrliche Gewalt, Landeshoheitsrechte, und ähnliche Ausdrücke gangbar, dennoch behauptete das Wörtchen *Regale* seinen Platz: ein Wink, daß Hoheitsrechte und Regalien nicht synonym seyn mögen! — und dann — was soll dem

Worte

d) Gönners Entwicklung des Begriffs, und der rechtlichen Verhältnisse teutlicher Staatsrechtsdienstbarkeiten. Erlangen. 1800. §. 17. S. 45.

e) Wie dieß Geisler *de jure fisci civitatum imperii* Marburgii. 1780. §. 4 - 9. schon beweiset.

Worte „Regale“ für ein Sinn zum Grunde liegen? — Dieß ist eben der Knoten, der selbst von manchen angesehenen Schriftstellern nicht gelöst, sondern vielmehr verwickelt wurde. — Gestützt auf die (§. 1.) genannten Schriften, wage ich, in der Hoffnung, daß meine schwachen Kräfte Nachsicht finden, den Versuch, die Auflösung des Problems in dieser Abhandlung darzustellen. Bevor ich aber zur Hauptsache übergehe, muß ich die Meynungen der neuesten Schriftsteller, welche im Staats- und Privatrechte über Regalien schrieben, einer nähern Prüfung unterwerfen.

§. 6.

a) P ü t t e r.

Den Lehrsätzen des Herrn geheimen Justizraths Pütter a) über Regalien mangelt es an Schärfe und Präcision; er theilt die Hoheitsrechte in wesentliche und zufällige, und setzt das Recht des Regenten, für Beförderung der Wohlfahrt des Staates zu sorgen, das Recht, Abzugsgeld und Nachsteuer zu fordern, in die Klasse der letztern. Allein der Staat hat das Recht, als Verein,

a) Anleitung zum teutschen Staatsrecht, übersetzt von G. v. Hohenthal. §. 335.

wie jeder Private, seinen Zustand zu vervollkommen: der Regent muß also b), eben weil er kann, für den Wohlstand und das Glück der Bürger um so mehr sorgen, da hiezu die Kräfte der Einzelnen nicht hinreichen. c) Der Inbegriff dieser auf Erhöhung des Nationalreichthums abzwekender Rechte des Landesherrn heist Kameralgewalt; sie liegt so gut, wie jede andere Gewalt, im Zwecke des Staates; denn mit dem Grade des Wohlstandes wächst auch des Staates Sicherheit; sie ist also Selbstzwek, nicht Mittel, folglich kein zufälliges, sondern wesentliches Recht — Hoheitsrecht. Eben so verhält es sich mit dem Abzugsgelde, und der Nachsteuer: — Das allgemeine Staatsrecht spricht den Satz aus: Jedes Territorium ist geschlossen: Der Regent kann also (und nur er allein) einem Fremden den Gebrauch des Territoriums verwehren, wenn man in Teutschland den freyen Durchzug des Commerzes wegen ausnimmt: kann er diesen verbieten, so kann er ihn auch unter Bedingung einer Abgabe, d) Abzugsgeld genannt,

b) Joh. Heinrich Tieftrunks Grundriß der Sittenlehre. Halle. 1803. II. B. §. 84.

c) Epplen. a. a. O. §. 249. S. 145. b.

d) Bonhoefer Diss., qua jus detractus superioritati territoriali vindicatur. Erford. 1784. §. 1 - 7.

gestatten. — Nun gab man dem Grundsätze der Geschlossenheit des Territoriums solch eine Ausdehnung, daß man ihn auch auf die Nachsteuer übertrug, und dadurch mehr auf das zu exportirende Objekt, als auf das exportirende Subjekt Rücksicht nahm. Man sagt, ganz analog mit dem Abzugsrechte ist die Nachsteuer. e) Wollen die Unterthanen mit ihrem Vermögen auswandern (und sie dürfen f); denn der Staat ist kein Kerker, und die Bürger sind keine Gefangenen, wie Cella in seinen freymüthigen Aufsätzen sehr schön sagt; ja ein Verboth der Auswanderung wäre ein Eingriff in die natürliche Freyheit; der Regent, der Auswanderungen verhüten will, hebe die dazu veran-

e) Herrn Professor Krülls Prüfung einzelner Theile des bürgerlichen Rechts. Landshut. 1802. I. B. S. 73.

f) Meisterhaft haben das Auswanderungsrecht teutscher Unterthanen von einem teutschen Lande in das andere unter Beystimmung der Juristenfacultät zu Göttingen bewiesen:

Hirsch, *Commentatio de jure emigrationem civium prohibendi, vel circumscribendi*. Gött. 1787.

Seidensticker, *De jure emigrandi*. Gött. 1788.

Leht, *Commentatio de jure emigrandi*. 1788.

lassenden Uebel g),) so fallen sie in die Kategorie der Fremden, haben dieselben Verbindlichkeiten, und der Regent auf sie dieselben Rechte. — Einige suchen den Grund der Nachsteuer in der alten Leibeigenschaft, andere in der Dankbarkeit für den genossenen Schutz, h) andere in dem Gemeindrechte, andere in der Billigkeit der Vergeltung des durch den Staat gezogenen Vortheils, andere in dem Rechte, die Auswanderung zu erschweren, i) andere in dem Besteuerungsrechte, k)

g) Schön drückt sich Hirsch a. a. O. §. XXVII. aus:

Per legem, quae civi eripit liberum jus emigrandi, sine ulla dubitatione libertas naturalis constringitur summum in modum. Merito quaeritur, an non remediis aliis, quam lege absolute prohibitiva, remediorum extremo huic malo obex objici possit? et credo, facile intellectu est, supremae potestati uti licere sat remediis non violentis. Quicumque emigrant, certis gravissimis causis ad emigrandum adducuntur. Has investigare, et tollere, id debet supremae potestati, curae, cordique esse; omnes enim fere sunt ita comparatae, ut tolli possint.

h) Widerlegt von Zacchariä im Geist der Territorialverfassung. S. 168.

i) vergl. Note g.

k) Widerlegt von Bonhoefer a. a. O. §. 37.

andere in dem Retorhionsrechte, l) andere in dem Recompense für die verstattete Emigration, und endlich andere in der Entschädigung für das außer Land bringende Vermögen m). Allein alle diese Gründe scheinen mir unächt.

§. 7.

b) Nettelblatt.

Auch Nettelblatt a) fühlt sich durch Pütters Lehre über Regalien nicht befriediget, und sucht ihn daher zu widerlegen: ich kann, sagt er, den Begriff der nicht wesentlichen Territorialrechte, welchen er (Pütter) so ausdrückt b): *quae lege demum positiva naturam regalium adipiscuntur, ita, ut sine ista lege libertatis sint*, nicht allerdings billigen. Denn er scheint dadurch den nicht wesentlichen Regalien schlechterdings die Rechte der natürlichen Freiheit der Unterthanen entgegenzusetzen, da es doch zwischen diesen, und jenen noch mitt-

l) Roth, Staatsrecht teutscher Reichslande. S. 70.

m) Friedr. Joh. Bodmann, pragmatische Geschichte des Abzugs- und Nachsteuerrechtes. S. 17.

a) Erörterungen einiger einzelnen Lehren des teutschen Staatsrechts. S. 253.

b) In Elementis juris publ. L. 4. C. 1. §. 440.

lere Gattungen giebt. Besonders gehören die so eingeschränkten Rechte der natürlichen Freyheit, daß deren Ausübung von der dazu von dem Landesherrn besonders ertheilten Erlaubniß abhängt, hieher, und sie sind, wenn sie gleich den nicht wesentlichen Regalien sehr nahe kommen, dennoch davon wirklich unterschieden. Wenn ein Recht ein Territorialrecht ist, so ist das Recht nicht mehr bey den Unterthanen. Wenn es hingegen dahin gekommen ist, daß eines Rechtes der natürlichen Freyheit wirkliche Ausübung von der besonderen Einwilligung des Landesherrn abhängig geworden, so ist das Recht selbst noch bey den Unterthanen. Ferner, wenn der Unterthan von dem Landesherrn ein Regal erhält, so hat er nur ein Recht zur Ausübung dieses Regals, ohne das Recht selbst zu haben. Bekömmt er aber die Erlaubniß, ein Recht der natürlichen Freyheit, welches ohne dieselbe nicht ausgeübt werden darf, zu exerciren, so hat er das Recht selbst, zu dessen Ausübung er nun berechtigt ist: denn der Unterthan kann kein Regal selbst erwerben; das Recht der natürlichen Freyheit selbst aber hat er schon, und braucht es nicht mehr vom Landesherrn zu erwerben. Daraus also, daß ein Recht der natürlichen Freyheit, z. B. eine Windmühle anzulegen, ohne Einwilligung des Landesherrn nicht ausgeübt werden darf, folgt noch nicht,

dafs es ein Regal sey, sondern es bleibt nichts desto weniger ein Recht der natürlichen Freyheit, zu dessen erlaubten Ausübung aber nur eine vorhergehende Einwilligung des Landesherrn erfordert wird. Unläugbar zeigt diese Kritik von Nettelbladts grossem Scharffsinne; aber dessen ungeachtet ist die Lehre über Regalien durch sie keineswegs dem Ziele näher gebracht; nur negative Bestimmungen sind darüber gegeben; eine Bearbeitung, die keine Ungewissheit zurücklassen, und auf Deutlichkeit Anspruch machen will — mufs auf positiven Gründen beruhen. —

§. 8.

c) Häberlin.

Häberlin a) räumt dem Regenten das Recht ein, alle Gegenstände, die Einfluss auf das allgemeine Wohl haben, die grossen Aufwand, und Akkuratesse erfordern, zu Regalien zu stempeln. Diese seine Meinung sucht er vorzüglich bey dem Postwesen geltend zu machen: ich will seine eigenen Worte anführen:

I. „Die Erfindung der Posten ist nicht nur der Handlung ungemein günstig, indem durch sie

a) Handbuch des teutschen Staatsrechts. III. B. §. 350.

der Kaufmann von dem Wechselkurs, und dem Preise der Waaren auf das schnellste benachrichtet werden, sondern auch jeder durch dieselben auf eine sehr wohlfeile, und doch geschwinde Art seinen Briefwechsel, seine Versendungen, und selbst seine Reisen besorgen kann. Das Postwesen hat fast eben so viel Beziehung auf das gemeine Beste, wie die Buchdruckerkunst.“ — Aber sage man mir, ist wohl die Buchdruckerey ein Hoheitsrecht? — Der Regent hat blos wegen ihrem wichtigen Einfluß auf das gemeine Wohl vermöge der Polizeygewalt die Oberaufsicht b), damit durch sie dem Staate kein Nachtheil geschehe. — Wollte man alles, worauf die Oberaufsicht des Regenten sich ausdehnt, zu Regalien stempeln, oder alles das, was Bezug auf das gemeine Beste hat, würden nicht alle Gegenstände, die sich im Lande nur immer vorfinden, vom erhabensten bis zum niedrigsten — Hoheitsrechte? — würden nicht Handlung — Fabriken — Monopolen des Staates werden? —

II. „Treten hier, fährt Häberlin fort, die nämlichen Gründe ein, weshalb man das Recht

b) v. Berg Handbuch des teutschen Polizeyrechtes.
II. B. §. 356.

der Gold- und Silberbergwerke zu einem Regale gemacht hat; denn Welch' ungeheure Kosten erfordert nicht die erste Anlage, und auch selbst die Unterhaltung der Posten! nicht gleich anfangs ist Gewinn davon zu erwarten. Wie selten wird man das dazu erforderliche Vermögen, und ausdauernde Geduld bey Privatpersonen finden?“ — So wenig die erste Anlage, der dabey gemachte Aufwand, die getragene Gefahr, der Grund der Regalität bey dem Bergbaue ist: so wenig räumen diese Umstände dem Landesherrn das Recht der Posten ein. Ueberhaupt ist die Verwendung einer Summe Geldes auf irgend ein Unternehmen nie ein Rechtfertigungsgrund des Alleinhandels für den Staat. Die Errichtung einer Wechselbank ist auch mit beträchtlichen Kosten verbunden, und doch kann der Regent unter diesem Vorwand den Wechsler nicht hindern! —

III. „Wird die größte Genauigkeit, und Sorgfalt bey Posten erfordert, und wo läßt sich die, so wie überhaupt! hinlängliche Sicherheit, mehr, als unter der Garantie des Staates, erwarten?“ — Fürwahr! dieser Grund wäre zureichend, dem Staate das Monopol alles Handels, weil dazu Akkuratess erfordert wird, einzuräumen; und ferner ist es so entschieden noch nicht,

wo mehr Sorgfalt angewendet wird, bey Rechten des Privateigenthums, oder bey jenen des Staates: endlich, wenn ein Privatunternehmer der Posten die nöthige Sicherheit zu gewähren im Stande wäre, wie sähe es da mit der Regalität derselben aus, wenn nur aus den von Häberlin aufgeführten Gründen, abgesehen von den Bestimmungen des teutschen Staatsrechts, dieselbe bewiesen werden sollte?

§. 9.

d) R u n d e.

Was Herr Hofrath Runde über Regalien, oder Regalität lehrt, ist nicht vollständig, nicht befriedigend. Er stellt weder Grundsätze, noch den Begriff derselben auf; im Ganzen herrscht Verworrenheit. Er sagt z. B., man müsse zwischen den landesherrlichen und Eigenthums - Gerechtsamen genaue Gränzen abstecken. a) Allerdings wahr; nur Schade, daß er sich selbst gegen diesen Grundsatz verstieß! Den Grund, warum zur Mühlenanlegung an öffentlichen Flüssen die landesherrliche Erlaubniß erforderlich sey, legt er in die Re-

a) Grundsätze des allgemeinen teutschen Privatrechts.

Frankfurt und Leipzig. 1793. §. 102 - 103.

galität, oder in das Staatseigenthum der Flüsse: wer also Eigenthümer ist, bedarf zu solch einem Unternehmen keiner fremden Concession — und doch darf der Privateigenthümer eines Baches ohne des Landesherrn Genehmigung keine Mühle an selbem erbauen. Der Grund der Nothwendigkeit der landesherrlichen Bewilligung kann also hier nicht das Eigenthum seyn, des Verhältnisses wegen, in dem Ursache zur Wirkung steht. Nach meiner Ueberzeugung muß man Erlaubniß zur Mühlenanlage — gleichviel, ob an öffentlichen oder Privatgewässern, zunächst deswegen bey den Regenten erhalten, weil die Leitung bürgerlicher Gewerbe und Vertheilung der Erwerbszweige durch Concessionen ein wesentliches aus der Kameralgewalt fließendes Hoheitsrecht ist, b) indem der wahre Nationalreichthum auf einer gleichen Vertheilung des Gewerbes- und Nahrungsstandes beruht. Ich könnte noch mehrere ähnliche Beyspiele aus Runde anführen, wenn ich nicht zum Ziele eilen müßte. —

b) v. Roth, Staatsrecht teutscher Reichslande. [II. Th. S. 91.

§. 10.

e) D a n z.

Auch Herr Regierungsrath D a n z vermengt die Rechte, die dem Landesherrn vermöge der Staatsgewalt zukommen, mit jenen, die auf Regalität sich gründen. — Er erklärt den Bergbau für ein Regal, und zählt als unmittelbare Folge seiner Regalität die Rechte auf: a)

- 1) Dafs der Landesherr Berggesetze erläßt,
- 2) Berggerichte anordnet,
- 3) die Obergewalt über den Grubenbau, und das Schmelzwesen ausübt,
- 4) alle Bergwerke baut,
- 5) in Hinsicht auf Bergwesen manchfache Privilegien ertheilt.

Wie kann das Eigenthum der Bergwerke, das Recht, die Vortheile des Bergbaues zu ziehen, und die Herrschergewalt aus einer Quelle fließen? — Wie sollen diese ganz heterogenen Rechte aus einem Princip abgeleitet werden? — Wer kann gesetzgebende, rechtsprechende und vollziehende Gewalt auch nur bey einem einzigen Objekte vom Ei-

a) Handbuch des heutigen teutschen Privatrechtes. II. B.

genthume abhängig machen? — Bey einer solchen Art zu schliessen dürfte ein Landesherr über den Handel keine Gesetze geben, keine Merkantilgerichte anordnen, weil Handlung kein Recht ist, dessen sich der Landesherr allein zu seinem Vortheile bedienen kann; so würden Forstgesetze und Jagdordnungen nur da gültig seyn, wo der Fürst Eigenthümer des Waldes, oder Herr der Jagd ist. Und auf solche Art schloß das Reichskammergericht noch im Jahre 1798. — b)

§. 11.

f) M a j e r.

Tiefer in die Sache drang Herr Etatsrath Majer a) ein. Er entlehnte den Begriff, den Hofrath Gönner b) über die teutschen Staats - Rechts - Dienstbarkeiten aufstellte, und trug ihn auf die Regalien über. Er sagt: „Aus staatspolizeylichen Rücksichten können den Privaten gewisse bestimmte

b) Gönners auserlesene Rechtsfälle. II. B. XVII. Rechtsfall.

a) System der Staatsregierung im Grundrisse. Hof. 1803. §. 116.

b) Entwicklung des Begriffes und der rechtlichen Verhältnisse teutscher Staats - rechts - dienstbarkeiten, gr. 8. Erlangen. 1800.

Benutzungen ihres Individualeigenthumes nicht überlassen, sondern müssen dem Staat oder dessen Regenten heimgegeben, und appropriirt werden. Hieraus entstehen Dienstbarkeiten, oder Servituten für die Person des Staats, oder für den Regenten, auf das Individualeigenthum der Privaten. Mit allem Rechte verdienen sie den Namen Regalien.“

Niemand wird hier an Majer den scharfen Denker miskennen; allein mir scheint die Uebertragung des Begriffes von Staatsrechtsdienstbarkeiten auf die Regalität zu gewagt zu seyn. Bey Staatsrechtsdienstbarkeiten gilt es einem fremden Staate, worauf, oder auf dessen Gebrauch zu einem gewissen Zwecke ein anderer Staat das Recht hat; aber nicht so bey den Regalien nach Majers Begriffe; wie kann da der Staat auf sich selbst, als denselben Staat, ein Recht haben — oder fordert nicht das Daseyn einer Dienstbarkeit zwey von einander verschiedene Gegenstände — ein praedium serviens, und ein praedium dominans, welche Majer in ein Subjekt vereint, und folglich dadurch eine Servitut unmöglich macht?

§. 12.

Uebergang zur Ausführung.

Man wird sich nun leicht überzeugen, daß die bisher aufgestellten Lehrsätze über Regalien die

Probe nicht aushalten. Da aber die Wichtigkeit des Gegenstandes allerdings eine nähere Untersuchung verdient; so glaube ich dadurch am sichersten zum Ziele zu gelangen, wenn ich zuerst das allgemeine Staatsrecht über Regalien sprechen lasse, und dann auf die teutsche Reichsverfassung übergehe, um zu zeigen, in wie ferne dieses den Aussprüchen des allgemeinen Staatsrechts eine Gültigkeit zugesteht.

§. 13.

Allgemeines Staatsrecht.

a) Kant.

Das allgemeine Staatsrecht giebt dem Regenten alle jene Rechte als wesentlich, welche zur Erreichung des Staatszweks Bedingung sind. Jener hat demnach nach Kant a) die gesetzgebende, richtende und vollziehende Gewalt, als Hoheitsrechte, ohne welche die Staatsgewalt undenkbar wäre, als Rechte, die über alle Einrede von Seite der Unterthanen erhaben sind, als Rechte, deren Verletzung ein Verbrechen der beleidigten Majestät wäre. Kant will aber von keinem Rechte des Regenten wissen, das nicht unmittelbar aus dem

a) Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre. Königsberg. 1798. II. Th. §. 47.

Staatszwecke fließt, das zu seiner Existenz die Voraussetzung eines andern Rechtsgrundes fordert. Er spricht dem Regenten als solchem alles Eigenthum im Staate ab, b) und macht es zur ausschließenden Sache der Privaten, d. h., der Unterthanen. Dieses Ideal scheint sich aber zu weit von der Realität zu entfernen. Es giebt unterirdische Geschenke der Natur, c) die kein schicklicher Gegenstand des Privateigenthums sind, welches mehr auf die Oberfläche der Erde sich einschränkt d); die erstern liegen gewöhnlich so tief im Schooße der Erde vergraben, daß alles Verhältniß zu der Eintheilung des Eigenthums auf der Oberfläche hinwegfällt; am allerwenigsten steht das Streichen der Gänge, und Flötze, in welchen die Mineralien brechen, mit dem Eigenthum der Oberfläche in einigem Zusammenhange; und doch muß man sich bey dem Bergbau nach diesem Streichen der Gänge, und Flötze richten. Ueberdies konnte dasjenige, was in der

Erde

b) derselbe. S. 213.

c) Gönners Rechtsfälle. B. II. Abh. XVII.

d) Fried. Christ. Jonathan Fischers Lehrbegriff sämtlicher Kameral- und Polizeyrechte. Frankfurt. 1785. II. B. §. 547. und 1347.

Erde verborgen, und unbekannt war, daher erst durch besondere Bemühung erfunden werden mußte, weder bey Austheilung des Privateigenthums, noch bey der Erwerbung solcher Grundstücke in Anschlag gebracht werden. Endlich erfordert der Bergbau, und insonderheit die Abführung der Wässer eine Verbindung der Gruben, Schächten, Stollen, Gräben, u. s. f. welche unmöglich wäre, wenn sie sich nach den Gränzen des Privateigenthums richten sollte; denn Niemand würde demjenigen, der auf seinem Eigenthum einen Bergbau angefangen hätte, erlauben, sich zur Fortsetzung desselben eines fremden Grundes und Bodens zu bedienen.

Nun aber sagt Kant selbst, daß nach einem Postulate der praktischen Vernunft jeder Gegenstand ein objectivmögliches Eigenthum sey — daß alles Brauchbare gebraucht werden dürfe. e) Wie ist aber dieß aus den angeführten Gründen bey den unterirdischen Geschenken der Natur möglich, wenn der Staat, oder in dessen Namen

e) Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre. I. Th. §. 2. S. 56. Joh. Heinrich Tieftrunks Grundriß der Sittenlehre. Halle. 1803. II. B. §. 22. S. 59.

der Regent mit seiner durchgreifenden Gewalt sie nicht zu seinem Eigenthum erhebt? Dadurch wird auch nicht das rechtliche Gleichgewicht gestöhrt: der Bergbau ist ja kein dem Akerbau, d. h. Privateigenthume schädliches Unternehmen; gesetzt auch, das Feld wird unsicher, oder stürzt ein, der Staat muß und wird da die schuldige Entschädigung leisten.

§. 14.

b) Fichte.

Auch Fichte a) erklärt sich ausdrücklich für das Staatseigenthum (Regalität) des Bergbaues. Die Ausbeute desselben, sagt er, Metalle, Halbmetalle, u. s. f. stehen in der Mitte zwischen organisirten Naturprodukten, und roher Materie; sie sind der Uebergang der Natur von der letztern zur erstern. Die Gesetze, nach denen die Natur sie hervorbringt, sind entweder gar nicht zu entdecken, oder sind wenigst bis izt noch nicht so weit entdeckt, daß man Metall mit Kunst, so wie Früchte, anbauen, d. h., die Natur in Bildung derselben nach unserer Willkühr leiten könnte. Sie werden von der Natur ohne unser Zuthun gebildet, nur

a) Grundlage des Naturrechts nach Principien der Wissenschaftslehre. II. Th. S. 41.

gefunden. An sich müßte es jedem Einzelnen frey stehen, zu sagen: ich will Früchte erbauen, und das Innere der Erde könnte eben sowohl unter Bergleute ausgetheilt werden, als die Oberfläche derselben unter Landbauer ausgetheilt worden. Jeder würde dann ein Stück des Innern gerade so zu eigen besitzen, für seinen Gebrauch, wie der Landmann die Stücke der Oberfläche besitzt, für den seinen, und die gefundenen Metalle würden ihm gerade so zu eigen gehören, wie die erbauten Früchte dem letztern. — Aber theils um der Unsicherheit des Bergbaues willen, da die Erzeugung der Metalle nicht von der Willkühr des Menschen abhängt, sonach nicht zu berechnen ist, daß der Bergbau seinen Mann ernähren werde; theils weil das bestimmte Stück, das durchsucht worden ist, nicht wieder durchsucht werden kann, kann er auf diese Weise nicht getrieben werden. Er müßte von einer stehenden, fortdauernden Gesellschaft unternommen werden, die den Verzug der Ausbeute ertragen, und den endlichen Gewinn mit Geduld erwarten könnte. Keine Gesellschaft qualifizirt aus den obigen Gründen sich besser dazu, als der Staat selbst, welcher überdiß noch einen besondern Grund hat, sich in den Besitz der Metalle zu setzen. Es versteht sich nämlich, wie immer, daß die Bereicherung des Staates durch Regalien den

einzelnen Bürgern zu Gute kommen müsse, und daß, wie diese sich vermehrt, die direkten Auflagen sich vermindern müssen, wenn nicht etwa in gleichem Verhältnisse die Bedürfnisse des Staates steigen. — Das Eigenthum des Bodens unter der Oberfläche verbleibt daher mit Recht der Gemeinde, (dem Staate) sie läßt ihn bearbeiten, und die Bergleute, die ihre bestimmte Bezahlung erhalten, ob sie viel oder wenig, oder gar nichts finden, werden Lohnarbeiter. Der Bergbau ist sonach ein natürliches Regal.

§. 15.

c) Ob Forste nicht zum Regale erhoben werden sollten — ist ein Problem.

Mit den Forsten scheint es eine ähnliche Beschaffenheit zu haben. Es ist bekannt, daß kein Gegenstand des Eigenthums geringere Renten abwirft, als die Forste: sollen sie aber doch von jenem großen Kapitale, das auf ihnen beruht, die möglichen Zinsen eintragen; sollen sie einen hohen Grad von Vollkommenheit erreichen, das leisten, was sie können; so müssen sie nach forstwissenschaftlichen Grundsätzen behandelt werden. Eine forstmäßige Behandlung ist aber nur bey großen

Forsten anwendbar. a) Betrachten wir nur die Forste der Privaten: der Besiz grosser Forste übersteigt gewöhnlich ihr Particularvermögen, und ihre kleineren Waldungen — wie verunstaltet — wie verwüftet sehen sie aus! Auch die strengste landesherrliche Oberaufsicht auf selbe kann da nichts Grosses leisten — die Erfahrung giebt traurige Beweise genug. Dazu kömmt noch, daß auf einer Seite bey freyer Ausübung des Privateigenthums die Forste einer Devastation und die Staatsbürger dem Holzmangel ausgesetzt wären, auf der andern Seite aber durch gesetzliche Beschränkung im Gebrauche der Privatforsten der Abstand sehr stark wäre, daß der Eigenthümer mit allen übrigen Gegenständen seines Eigenthums nach Willkühr schalten und walten, einen Acker in eine Wiese, und diese in einen Acker umschaffen darf, während der Forsteigenthümer nicht mehr und nicht weniger Holz und an keinem andern Platze fällen dürfte, als die Forstgesetze erlauben. — Es scheint demnach die Natur der Sache, der Staatsvortheil, der Begriff, oder die Unverletzbarkeit des Eigenthums, der Umstand, daß eine Anstalt desto wohlthätiger ist, je

a) G ö n n e r, über Cultur und Vertheilung der Gemeindeweiden. Landshut. 1803. §. 2. S. 12.

allgemeiner sie wird, alles dafür zu sprechen, daß die Forste Staatseigenthum oder Privateigenthum des Fürsten, als solchen, (Regale - Domainen) seyn sollten. —

Die bisher gepflogene Untersuchung führt zu dem Resultate, daß das allgemeine Staatsrecht wenigstens nicht positiv widerspreche, wenn der Regent in einem gegebenen Staate neben seinen Hoheitsrechten noch andere besondere Rechte — Eigenthumsrechte — Regalien — des Staatsvortheiles wegen innerhalb den gehörigen Schranken besitze. — Was nun aber nach dem teutschen Staatsrechte, das mehrere Regalien kennt, die eigenthümliche Bedeutung des Wortes Regale sey — soll in der Folge erörtert werden. —

§. 16.

Teutsches Staatsrecht.

a) Regalien in Rücksicht der Reichshoheit.

Die Ausprüche des allgemeinen Staatsrechts über Regalien erhalten durch positive Bestimmungen des teutschen Staatsrechts gewaltige Modificationen. Will eine Abhandlung über Hoheitsrechte auf Vollständigkeit Anspruch machen; so muß die Aufgabe nach zwey Rücksichten gelöst werden. Auf zwey Principien ist die teutsche

Reichsverfassung gebaut; auf die Maxime der Staatseinheit, und auf die Maxime der Staatentrennung. Staatseinheit vorausgesetzt, so folgt aus dem Satze des Widerspruches, daß der Staatseinheit, die Staatentrennung, d. h., der Reichshoheit die Landeshoheit subordinirt sey a). — Kennt nun wohl die oberste Reichsgewalt, als solche — Regalien?

Nach den vorausgeschickten Bestimmungen über Regalien (§. 13. 14.) ließ sich zwar mit der Reichshoheit der Besitz von Regalien allerdings vereinigen: allein die kaiserlichen Reservatrechte haben selbe ganz in sich verschlungen; die Reichsdomainen wurden verschleudert, und gegenwärtig erhalten die Reichsbedürfnisse aus anderen Quellen — durch Beyträge der Reichsstände Befriedigung. Ganz nach diesem Grundsätze haben sich die neuern Reichsgesetze gemodelt. Der Reichsabschied vom J. 1641. §. 93. spricht noch von einem kaiserl. Postregale — und noch bey dem westphälischen Friedenscongresse erklärte sich Schweden mit den ausdrücklichen Worten: „daß dem Kaiser sein Postregale belassen seyn soll.“ Allein die kaiserliche Wahlkapitulation führt das Postwesen nicht

a) Gönners Handbuch des teutschen gemeinen Processes. B. III. S. 35.

mehr in der Eigenschaft eines Regals auf, sondern verweist selbes ganz nach dem Bedürfnisse der geänderten Reichsverfassung in die Kategorie der kaiserlichen Reservatrechte. Der Zweck meiner Abhandlung erheischt eine nähere Bestimmung derselben. Die kaiserlichen Reservatrechte sind von einer zweifachen Bedeutung: a) A. Nimmt man Teutschland als einen Staat, so versteht man unter kaiserlichen Reservatrechten jene, welche der Kaiser unabhängig von der Einwilligung des Reichstags ausübt, d. h. Reservatrechte im Gegensatze der Komitialgeschäfte. B. Betrachtet man Teutschland aus dem Gesichtspunkte der Staatentrennung, oder jeden einzelnen Staat mit seiner Landeshoheit; so begreift man unter Reservatrechten jene, welche in der Landeshoheit nicht enthalten sind; sondern aus besondern Gründen dem Kaiser zukommen: d. h. Reserverate im Gegensatze der Landeshoheit; diese sind von zweifacher Art: —

1) Reserverate, den Ständen verliehen, welche also der Kaiser selbst nicht mehr unmittelbar, sondern nur durch Uebertragung an die Reichsstände ausübt.

a) Hörls Versuch einer Abhandlung über den Rechtsgrund der kaiserlichen Reservatrechte. Landshut, 1802, §. 4.

2) Reservate, den Ständen nicht verliehen, deren Ausübung dem Kaiser in den Territorien noch zusteht, und diese zerfallen wieder in zwey Klassen, je nachdem sie der Kaiser mit, oder ohne Concurrenz der Landeshoheit ausübt, z. B. Ertheilung der Moratorien — Ernennung von Pfalzgrafen, Notarien u. s. w.

§. 16.

b) In Rücksicht auf die Landeshoheit,

1) wesentliche Rechte derselben;

Ein ganz anders Verhältniß tritt nach der Maxime der Staatentrennung bey den einzelnen teutschen Territorien ein, und bestimmt sich nach den verschiedenen Rechten des Landesherrn. Die teutsche Landeshoheit ist der Inbegriff aller Regierungsrechte; aber doch mit Unterthansnexus unter der höhern Reichsgewalt, und mit Ausnahme der kaiserlichen Reservatrechte. Dadurch entsteht eine Abweichung vom allgemeinen Staatsrechte, welches der obersten Gewalt das Prädicat der Souveränität, und alle mit der obersten Gewalt vereinbarten Rechte beylegt. Am weitesten entfernt sich aber die teutsche Landeshoheit von den Grundsätzen des allgemeinen Staatsrechts dadurch, daß sie — oder das Recht, das Volk zu regieren, Eigenthum der regierenden Familie ist. Belege für die Wahrheit mei-

ner Behauptung sind verschiedene Stellen der Reichsgrundgesetze, welche in strengster Consequenz nicht dem Lande, sondern immer dem Regenten und seinen Erben, Rechte und Privilegien ertheilt -- bestätigt. So heißt es z. B. in osnabrückischem Friedensinstrumente: a) Electori Brandenburgico Domino Friederico Wilhelmo -- ejusdemque posteris, et successoribus haeredibus, atque agnatis masculis -- tradatur episcopatus Halberstadensis -- in perpetuum et immediatum feudum. Also nicht dem Lande Brandenburg, sondern dem Kurfürst Friedrich Wilhelm, und seinen Nachfolgern ist Halberstadt zu Lehen gegeben. Da nun jeder teutsche Landesherr Eigenthümer seiner Landeshoheit ist, so kann auch der repräsentative Charakter, den das allgemeine Staatsrecht dem Regenten beylegt, auf den teutschen Landesherrn nicht übertragen werden.

Obschon nun das Recht zu regieren Eigenthum des teutschen Landesherrn ist, so muß er doch sein Land als Staat regieren, und vereint in dieser Rücksicht hiemit eine wahre Staatsgewalt: er hat die Ausübung aller die teutsche Landeshoheit constituirenden Rechte, und zwar nicht als ein Aggregat

einzelner auf besonderen Rechts - oder Erwerbstiteln ruhenden Rechte, sondern jedes Hoheitsrecht ist eine absolute Folge der obersten Gewalt, welche die Landeshoheit bildet, und nur als ein juristisches Ganze gedacht werden kann, mit dem alle Bestandtheile zugleich ausgesprochen sind. Abgesehen von allen Nebenverhältnissen der Gegenstände, worauf ein Hoheitsrecht wirkt, hat der Landesherr über alles im Staate die gesetzgebende, richterliche und vollziehende Gewalt, er hat alle Theile im Ganzen, und das Ganze, weil er Landesherr ist.

§. 18.

2) zufällige landesherrliche Rechte.

Neben diesen Rechten besitzen auch die meisten teutschen Landesherren noch solche Rechte, welche als Bestandtheile der landesherrlichen Gewalt nicht zu betrachten sind, sey es, daß sie entweder im allgemeinen Staatsrecht ihren Grund nicht finden, oder daß sie aus positiven Gründen des teutschen Staatsrechts vom Inbegriff der Landeshoheit gesöndert wurden. Viele von ihnen ruhten schon vor vollendeter Ausbildung des Landeshoheitssystems auf kaiserlichen Concessionen und Belehnungen, wovon die goldne Bulle selbst in der an die Kurfürsten geschehenen Verleihung des Berg - und Münzregals ein merkwürdiges Beyspiel

liefert; andere wurden nach entstandener Landes-
hoheit durch besondere Landesgrundgesetze, wo-
hin auch Herkommen gehört, dem Landesherrn
erworben.

Sie fließen nicht aus dem Begriffe der Landes-
hoheit, sie machen keinen Theil ihres großen Com-
plexus aus, sie stehen als einzelne Rechte im isolir-
ten Zustande da, sie ruhen auf besondern, vom
Ganzen der Landeshoheit trennbaren Erwerbsgrün-
den, und sind darum zufällig, wie wir denn die-
selben bey einem Landesherrn in grösserer, bey
dem andern in geringerer Anzahl antreffen.

Sie zerfallen in zwey Klassen:

I. Einige sind aus dem Begriffe eines Staats
nicht abzuleiten, folglich nach allgemeinem Staats-
recht Objekte des Privateigenthums, und nur durch
specielle Gründe vom Landesherrn erworben (Berg-
produkte, Jagd) -- II. Andere sind zwar ihrer Na-
tur nach Ausflüsse der Staatsgewalt, aber vermöge
positiver Bestimmungen des teutschen Staatsrechts
keine Bestandtheile der Territorialgewalt, sondern
nur vermöge besonderer kaiserlicher Verleihung
von einzelnen Landesherrn erworben, wie wir
am Münz - und Zollrechte a) wahrnehmen. -- Dort

a) v. Ulmenstein Pragmat. Geschichte der Zölle in
Teutschland und der teutschen Reichszollgesetze.

werden solche zufällige Rechte im Gegensatz des Privateigenthums oder der freyen Occupation -- hier im Gegensatz der kaiserlichen Reservatrechte gedacht.

§. 19.

Begriff der Regalität.

Die Sönderung der zufälligen von den wesentlichen landesherrlichen Rechten führt von selbst zum Begriffe der Regalität. Man streitet über Regalität des Bergbaues, des Torfs, des Salpeters, der Jagden: man spricht vom Münz - Zoll - und Postregale -- wer würde aber noch in unsern Zeiten von einem Regale der Oberaufsicht sprechen -- wer wollte die Kriminal - und Polizeygewalt, wer das Recht der Waffen, wer Gesetzgebung oder vollziehende Gewalt mit dem Namen Regalien bezeichnen? Selbst die kaiserliche Wahlcapitulation a) zählt Hoheitsrechte und Regalien als verschiedene Dinge auf: Natur der Sache und teutsche Verfassung legt zwischen beyden einen wesentlichen Unterschied; man muß daher mit beyden Benennungen bestimmte Begriffe verbinden.

Regalität besteht demnach in der Eigenschaft eines außer dem Inbegriff der

a) Art. I. §. 9, vergl. mit Osn. Fr. Instr. Art. VIII. §. 1.

landesherrlichen Gewalt an sich, als einzeln stehenden Rechtes, welches dem Landesherrn aus einem besondern Erwerbsgrunde zukommt.

Dieser Erwerbsgrund beruhet nach den zwey Klassen aller zufälligen landesherrlichen Rechte entweder nach dem Gegensatz kaiserlicher Reservatrechte in einer besondern kaiserlichen Verleihung, oder nach dem Gegensatz des Privateigenthums und der ihm gleichstehenden Occupationsbefugniß in einer besondern Quelle des Particularstaatsrechts in jenem teutschen Lande, wo von der Regalität einer Sache eben die Frage ist.

§. 20.

Grund der Regalität.

Nach dem so eben berichtigten Begriffe läßt sich auch der Grund der Regalität genau angeben.

I. Soferne Regalien aus dem Gegensatze der landesherrlichen Rechte gegen kaiserliche Reservatrechte fließen, liegt ihr nächster Rechtsgrund in einer kaiserlichen Verleihung; II. im Gegensatze des Privateigenthums der Unterthanen oder der Erwerbung durch Occupation sind verschiedene Gründe der Regalität denkbar. 1) Einige sind durch die Reichsgrundgesetze allgemein oder für eine eigene Classe der Reichsstände ausgesprochen, worunter

das den Kurfürsten verliehene Recht der Gold- und Silberbergwerke, dann der Salinen a) gehört. 2) Andere flossen aus kaiserlichen Concessionen, Privilegien, Belehnungen, und diese Quelle war wohl in ältern Zeiten die reichhaltigste; ihre Gültigkeit muß nach dem Umfang der kaiserlichen Gewalt zur Zeit ihrer Ertheilung beurtheilt werden; b) doch machen sie nur infoferne Quelle der Regalien, als es nicht Rechte sind, welche nach heutigem Staatsrecht im Complexus der Landeshoheit ohnehin liegen, weil, wenn dieser Fall eintritt, nach der richtigen Bemerkung des Hrn. v. Epplen c) diese Rechte durch die Cultur des philosophischen Staatsrechts eine andere Ausbildung, oder, richtiger zu sagen, nach entstandener Landeshoheit eine nothwendig veränderte Gestalt erhalten haben, worüber der Blutbann, welcher vom Landesherrn heutzutag als Criminalgewalt ausgeübt wird, ein sprechendes Beyspiel ist. 3) Auch besondere Grundgesetze teutscher Länder, worunter gültiges Herkommen eine Stelle einnimmt, können für ein be-

a) Goldne Bulle Karls IV. Cap. 9.

b) K. W. K. Art. VIII. §. 21. G ö n n e r von Staatsrechtsdienstbarkeiten. §. 52.

c) über das Princip etc. §. 210.

sonderes Territorium manches Recht zu einem Regale erheben, was dem teutschen Staatsrechte als Regale unbekannt ist. In Baiern gehört das Recht, weisses Bier zu brauen, das heisst, die Vortheile dieser Brauerey zu ziehen, unter die Regalien, welches in andern Territorien zur Klasse der übrigen bürgerlichen Gewerbe gerechnet wird; einen historischen Beweis der Regalität der Steinkohlen im Fürstenthume Bamberg hat Hr. Hofrath Gönner d) geliefert. 4) Eben hieraus folgt aber, daß durch landesherrliche Gesetze ein Gegenstand zu einem Regale nicht umgeschaffen werden könne; denn es würde sich wohl nicht rechtfertigen lassen, wenn der Regent seine Rechte durch einseitige Willenserklärungen erweitern, und die ihm für ganz andere Zwecke zustehende legislative Gewalt zu einem Mittel der Vermehrung seines Eigenthums benützen wollte.

§. 21.

Was ist nicht Regale?

Es ist nun itzt keine schwierige Aufgabe, näher zu bestimmen, was Regale nicht sey. Der Erfindungsgeist der Kameralisten, oder sogenannten

Plus-

d) Auserles. Rechtsfälle. B. II. Abh. XVII. §. 2 - 12.

Plusmacher, war unerschöpflich in Anhäufung der Regalien; aber kein Wunder! es gebrach an einem bestimmten Begriffe der Regalität, der sie in die gehörigen Schranken zurückgewiesen hätte, und da es ihnen auch wenig um solch einen Maasstab zu thun war, so brachte ihre rastlose Willkühr die sonderbarsten Geburten von Regalien zum nicht geringen Nachtheile des Landes, der Unterthanen, ja selbst auf Kosten der landesherrlichen Hoheitsrechte hervor. Trugschlüsse auf Trugschlüsse wurden gehäuft, um ja die Zahl der Regalien bis zum Unendlichen zu vervielfältigen. Manche giengen 1) von dem ergiebigen Satze aus, alles sey Regale, was nur immer die Ausübung eines Hoheitsrechtes erforderlich macht. Vom Vergnügen des Landesherrn schlossen sie auf Regalität der Jagden, von dieser auf ein Recht, Jagdfrohnen als Territorialfrohnen zu fordern a): vom Rechte des Krieges auf das Recht, Pulvermühlen zu gestatten, und vom Pulver auf den Salpeter, als wesentlichsten Bestand-

a) So schloß noch Winkler *Diff. superioritas territorialis fons operarum venaticarum principi a subditis debitarum*. Lips. 1786. man sehe aber dagegen Seuffert *Progr. operae venatoriae ad territoriales quatenus referendae sint?* Wirceburg. 1790.

theil des Pulvers — also der Salpeter ein Regale selbst vom Staatszweck dazu gemacht! Ein fernerer Schluss in dieser Kette, welche weder einen Anfang, noch ein Ende hat, würde gerade dahin geführt haben: die Soldaten sind durch den Krieg bedingt — Kleidung ist für jeden Menschen wesentliches Bedürfnis, und auf diesem Wege — wie schön hätte sie nicht ihre Urtheilskraft zu einem Schaafs- und Kalbsregale geführt! — Sie versuchten ihr Glück weiter, und stempelten 2) alle Institute im Staate, mit welchen grosser Kostenaufwand, Akkuratess, u. s. f. verbunden ist, zu Regalien; allein dass diese Gründe nur Veranlassung, nie aber ein Rechtsgrund zur Regalifirung seyn können, habe ich §. 8. ausführlicher dargestellt.

§. 22.

Fortsetzung.

Man gieng noch weiter. Man kann als wahr annehmen, dass alle unterirdische Produkte der Natur, welche auf bergmännische Art gewonnen werden, eben wegen der Art ihrer Gewinnung, aber von ihr abgesehen, Gold, Silber und Salinen nebst Edelgesteinen vom ersten Range, wenn auch ihre Erwerbung nicht der Hand der Bergleute bedarf, ihres hohen Werthes wegen, durch Reichsgesetze zur Kategorie der Regalien gehören. Die-

ses dehnten manche Rechtslehrer auf Fossilien aller Art, ohne Rücksicht ihres Werthes oder ihrer bergmännischen Gewinnung, z. B. auf Gips, Torf, Porcellanerde, Marmor, aus, und setzten genau, nach Schuhen berechnet, die Gränze, wie weit der Privateigenthümer in seinem Grund und Boden graben dürfe. Hier gilt unbedingt der Satz, nur jene Gegenstände aus dem Mineral-Reiche, abgesehen von der Qualität derselben, sind Regalien, welche durch Kunst der Bergleute, also durch regulären Bergbau, erzielt werden, wie dieser Grundsatz in Gönners Rechtsfällen a) anschaulich dargestellt ist. Stiefs man ferner 3) in irgend einem Privateigenthume des Fürsten auf eine seltene Erdart, wie geschwind war nicht das Urtheil fertig: Die gefundene Erdart ist (als auf einem dem Landesherrn gehörigen Grund und Boden entdeckt) sein Eigenthum, also ist der ganze complexus dieser Erdart, der sich im Lande vorfindet — Eigenthum des Fürsten — Regale. Könnte nicht mit gleichem Rechte jeder Privateigenthümer das nämliche behaupten, und dann, wer könnte noch etwas sein nennen!

Selbst die Hoheitsrechte mußten 4) zur Erweiterung des Feldes der Regalien dienen. Erhob sich

a) B. II. S. 1 - 74.

ein Streit, ob dieser oder jener Gegenstand ein Regale sey, so entnahm man den Beweis von den Ausflüssen der gesetzgebenden, richtenden und vollziehenden Gewalt auf das streitige Objekt; aber noch sonderbarer argumentirten b) die Unterthanen oder Landstände, um landesherrliche Anordnungen unter dem Vorwande zu bestreiten, daß dieselben von der Regalität eines Gegenstandes, dessen Nichtregalität sie behaupteten, abhängig seyen. Ein eben so frequenter als auffallender Irrthum; denn was heißt das anders, als die drey Staatsgewalten von der Regalität eines Rechtes abhängig machen, da doch diese durch Regalität eines Objekts nicht bedingt, und auch da begründet sind, wo eine Sache nicht zu den Regalien, sondern zu den Objekten des Privateigenthums gehört, wie wir an der Verbindlichkeit der Forst- und Jagdgesetze auch für Besitzer der Privatwaldungen und Jagden sehen. Ferne, daß die Ausübung der landesherrlichen Rechte, als solcher, über das Eigenthum oder die Regalität desjenigen Gegenstandes, worauf sie wirken, und eben so ferne, daß die Nichtregalität auf eine Beschränkung der reinen Ausflüsse der obersten Gewalt, entscheidet!

b) derselbe a. a. O. §. 16 - 19.

Fortsetzung.

Die reichste Quelle des Irrthums machte das landesherrliche Recht, die Gewerbe und Erwerbszweige im Staate durch Concessionen zu leiten, oder zu begünstigen, so unbegreiflich es auch scheinen mag, daß man ein solches wichtiges Recht aus seinen Gränzen verrückt, und zu einem Gewinnszweige umgeschaffen habe. Geld ist zwar, wie Schlözer a) sagt, die *Conditio, sine qua non*, bey den allermeisten Staatsgeschäften; aber um die Achse des Geldes darf man die landesherrlichen Rechte nicht herum drehen, denn diese müssen von dem erhabenerem Zwecke des Staates ausgehen. Eine natürliche Folge von diesem Mißbrauche der Staatsgewalt war, daß die habfüchtigen Stände gerade die landesherrlichen Rechte usurpirten, welche zur Finanzquelle herabgewürdiget wurden, denn wer kann läugnen, daß das Geld für den Pacht der Aschen - und Lumpensammlung den Landständen auch ganz angenehm sey, und wer wollte miskennen, daß gerade diese Geldeinnahme sie nach dem Rechte, solche Concessionen zu ertheilen, oder des Geldes halber es dem Landesherrn zu bestreiten,

a) §. 6. S. 24. Anmerk.

lüstern machte? — Fließendes Recht des Landesherrn ist die Kameralgewalt, b) welche dem Regenten eine zweckmäßige Leitung der Gewerbe und Nahrungszweige zur Pflicht macht: vermöge diesen ertheilt er Braugerechtigkeiten — Meisterrechte — Brandtewein - Kalk - und Ziegelbrennereyen — das Recht, Gasthäuser, Apotheken, Mühlen zu errichten. Wer hier den Grund dieser Concessionen in der Regalität, und nicht in der landesherrlichen Gewalt suchte, würde sehr irren. Im Gegentheile darf aber auch der Regent diese Concessionen nicht verpachten; denn man wird sich für eine Handlung, welche die Pflicht dictirt, wohl nicht bezahlen lassen; dadurch würde unlängbar der Zweck verfehlt — ein Beförderungsmittel zum Hindernisse ausarten. — Wie gesagt, der Landesherr muß bey Gerechtigkeits - und Gewerbsverleihungen vom Grundsätze der allgemeinen Wohlfahrt ausgehen. c) Es versteht sich also von selbst, daß er nicht auf Kosten der Majorität Einzelne bereichern dürfe. Kann er diess andern nicht gestatten, um so weniger darf er sichs selbst erlauben; ein trauriges Beyspiel vom

b) Derselbe. S. 18.

c) M a j e r System der Staatsregierung im Grundrisse,
S. 91 - 93.

Mißbrauche der Kameralgewalt zum Vortheile der landesherrlichen Kassen sind die Lotterien: diese sind immer zum überwiegenden Gewinne des Entrepreneurs berechnet, also tief unter der Würde des Staates, wenn auch kein Wucher in der Berechnung des Lotto di Genua selbst läge. So lange noch solche Lotterien im Staate sind, ist man vom Volksglücke noch weit entfernt! d) So liegt auch die Befugniß, e) die Einwanderung und Ansiedlung der Fremden zu begünstigen, neue Bürger aufzunehmen, jedoch ohne Einzugsgeld zu erheben, das Recht, Abzugsgeld und Nachsteuer zu fordern (§. 6.), in der landesherrlichen Gewalt, und nicht in der Regalität. f)

§. 24.

Fortsetzung.

Endlich setze man noch die Adespota, die Schätze, den Novalzehent, und das Recht, Juden

d) Pütter über die Rechtmäßigkeit der Lotterien, insbesondere der Zahlenlotterien, oder des sogenannten Lotto. §. 14. — Runde. a. a. O. §. 212. — Berg. a. a. O. II. Th. S. 253. — Danz. a. a. O. II. B. S. 309.

e) Tieftrunk. a. a. O. §. 91 - 94.

f) Seidensticker. Commentatio de jure emigrandi.

§. 35.

aufzunehmen, in die Klasse der Regalien; ich will diese der Reihe nach durchgehen, und ihren Grund nur kurz darthun. Die Adespota zerfallen hauptsächlich in zwey Klassen, in privata und publica, welche wieder in jene, deren Gebrauch jedem Bürger des Staates frey steht, und in jene, welche öffentliches Vermögen des Staates sind, eingetheilt werden. Auf die ersten steht dem Regenten nach den Ausprüchen des allgemeinen Staatsrechts kein Eigenthum zu, es liegt weder ein Grund in der Natur der Sache, noch erheischt es der Staatszwek; im nämlichen Verhältniß stehet das erste Eintheilungsglied der öffentlichen Adespoten; auf die letzten, welche öffentliches Vermögen des Staates sind, gebührt dem Regenten die Verwaltung und Benutzung derselben, dem Staate aber das Eigenthum. Der Regent, als solcher, hat aber übrigens auf alle Adespota, wie sich von selbst versteht — die Oberaufsicht, und alle Rechte, welche Ausflüsse der Staatsgewalt sind, a)

Da wir das römische Recht in Teutschland als gemeines Recht aufgenommen haben, und dasselbe

a) Seidensticker de fundamentis juris supremæ potestatis circa adespota. Götting. 1798. erörtert diese Lehre ausführlich.

über Schätze (Thesaurus) die Bestimmung enthält, daß sie nicht dem Fiscus, sondern halb dem Finder, halb dem Eigenthümer des Orts, wo sie gefunden werden, gehören, so ist es sehr einleuchtend, daß auch sie zu den Regalien gezählt werden können b), wenn nicht particuläre Bestimmungen fürs Gegentheil in einem besondern teutschen Lande vorhanden sind.

Aus dem nämlichen Grunde, wie bey den Adespoten, ist der Regent zur Erhebung des Novalzehents nicht berechtigt; hat der Regent auf herrenloses Gut (Adespota) überhaupt kein Recht, so kann er dann keines haben, wenn diese in cultivirte Plätze umgeschaffen werden. c)

Aufnahme der Juden, ehemals ein kaiserliches Reservatrecht d), ist heutzutag reiner Ausfluß der landesherrlichen Gewalt, weil das allgemeine Staatsrecht dem Regenten, als idealem Obereigenthümer, e) das Recht einräumt, neue Bürger in seinen Staat aufzunehmen, ohne Unterschied der Re-

b) R u n d e teutsch. Privatrecht. §. 183.

c) W e b e r de decimis novalibus. Bamberg. 1793.

d) In der gold. Bulle cap. IX. §. 2, wurde es den Kurfürsten verliehen.

e) R e i n e r allgemeines Staatsrecht. II. Th. §. 120.

ligion. In der Erfahrung unterscheidet sich die Aufnahme der Juden nur darin, daß dieses Recht dem Landesherrn selbst da, wo Landständen und anderen Mediaten aus landesherrlicher Bewilligung erlaubt ist, neue Bürger aufzunehmen, ausschließend zusteht.

§. 25.

Die aus der Regalität fließenden Rechte.

Die Rechte, welche der Regent vermöge der Regalität hat, sind im allgemeinen alle jene, welche das Eigenthum gewährt; denn ein Gegenstand, der den Charakter der Regalität an sich trägt, ist seinem Begriffe nach im Eigenthum des Landesherrn, er hüte sich aber, die Grenzen des Eigenthumsrechtes zu überschreiten. Trägt man nun die Rechte, welche als Ausflüsse eines Regals dem Landesherrn zustehen, auf den Bergbau als Regale über, so mögen sie beyläufig darin bestehen:

1) Er hat das Recht, alle in seinem Lande befindlichen Bergwerke unmittelbar, oder

2) mittelbar durch Concessionen zu bauen, wenn er den Bergbau frey erklärt, und Schuefzettel, Muthscheine, Lehenbriefe darüber ertheilt;

3) einen Canon unter dem Namen Quatembergeld von verliehenen Bergwerken zu erheben, und

4) den Bergzehent von der Ausbeute zu erhalten. Sogar kann dieser Bergzehent ein gesondertes Regale in Ländern seyn, wo etwa der Bergbau mehr oder weniger zu den Regalien nicht gehört.

Kein Gegenstand verträgt weniger eine Ausdehnung, als die Regalien, und nirgends ist selbe von schädlichen Folgen, als bey diesen; denn da gilt der Nachtheil dem ganzen Vereine der Unterthanen, hier muß der Regent am Buchstaben kleben, wenn er in seinen Territorien Regalien im Gegensatz des Privateigenthums besitzt; und rücksichtlich jener, welchen der Regent Regalien verlieh, scheint mir die Bemerkung nöthig, daß jedes concedirte Regal im Unterwerfungsverhältnisse zur Landeshoheit steht; auch gilt von einem Regal auf das andere kein Schluß, mögen sie auch noch so viele Berührungspunkte miteinander haben, und bey einer unbestimmten Verleihung eines Regales als Genuß gilt es blos jener Species, die von geringerer Bedeutung ist.

Die von der Regalität unabhängigen Hoheitsrechte.

Den Rechten, welche Ausflüsse der Regalität sind, stehen die Hoheitsrechte entgegen: sie unterscheiden sich im Grunde, Zwecke und Eigenschaften. Hoheitsrechte fließen aus dem Begriffe und Wesen eines Staates, stehen dem Regenten, als solchem, ohne Voraussetzung eines andern Rechtsgrundes zu, und haben keinen Zweck, als den des Staates überhaupt; die Staatsgewalt ist durch sie thätig, und besondere Eigenschaften eines Objektes sind keineswegs Bedingung ihrer Wirksamkeit; alles, was im Staate sich vorfindet, ist der Staatsgewalt unbedingt unterworfen. Um den allgemeinen Einfluß der Hoheitsrechte desto mehr durch den Gegensatz in's Licht zu stellen, soll gleichfalls der Bergbau zur Anwendung dienen. Dem Landesherrn, als solchem, stehen auf den Bergbau, mag dieser ein Gegenstand der Regalität seyn oder nicht, mag er zum Staats - oder Privateigenthum gehören, folgende Rechte zu: a)

a) Gönners Rechtsfälle. B. II. §. 5. S. 17.

1) Berggesetze sowohl im allgemeinen, als besondere Verordnungen über einzelne Gegenstände zu erlassen.

2) Berggerichte zu bestellen, und durch sie die Gerechtigkeit über die zum Bergwerke gehörigen Personen, und über Bergwerksfachen zu verwalten.

3) Die Unterthanen, auf deren Grund und Boden sich Bergwerke vorfinden, im Widersetzungsfalle zur ungehinderten Gestattung des Bergbaues anzuhalten; doch

4) Unter der Verbindlichkeit des Schadenersatzes von Seite dessen, dem der Gewinn zukömmt.

5) Die Obergaußicht über den Grubenbau, und die Bergprodukte zu führen, und den Bergbau so zu leiten, daß er dem Staate den angemessenen Vortheil verschaffe.

6) Die Rechnungen über die Bergwerke der Gewerke abzuhören.

Von diesen Rechten gilt also auf die Regalität des Bergbaues so wenig ein Schluß, als die Regalität eine Bedingung derselben ist.

§. 46.

Beweis der Regalität.

Groß ist die Zahl der Streitigkeiten, die über Regalien sich erheben, es wird daher keine verlorne Mühe seyn, einige Erwähnung vom Beweise der Regalität zu machen. Dieser kann auf zweyerley Art geführt werden — auf directem oder indirectem Wege. Die directen Beweise entnehmen sich vom Rechtsgrunde der Regalität (§. 20.). Wie der Regent in zwey Hinsichten im Gegensatze der kaiserlichen Reservatrechte — oder im Gegensatze des Privateigenthums seine Regalien besitzt; so kann in erster Beziehung der directe Beweis nur aus kaiserlichen Verleihungen, und in zweyter Beziehung nur aus einer besondern Quelle des Partikularstaatsrechtes hergeholt werden.

Mangelt es aber an directen Beweisgründen, und hat man das Herkommen auf seiner Seite, so giebt dieses den indirecten Beweis. Dieser kann aber nur durch Handlungen geführt werden, wobey man jene Rechte in Ausübung brachte, welche als Folge der Regalität anzusehen sind. (§. 25.) Sprechen z. B. die Unterthanen dem Landesherrn die Regalität eines Rechtes ab, so gilt der Streit nur jenen Rechten, welche Ausflüsse der Regalität sind, nur diese machen demnach das Beweisthe na aus.

Ein Beweis, welcher die geschehene Ausübung der Hoheitsrechte (als Ausflüsse der unmittelbar wirkenden Staatsgewalt) auf das streitige Objekt begründete, würde den ganzen Streitgegenstand verrücken; nur auf ein zufälliges Recht, nicht auf die wesentlichen Rechte des Landesherrn, die ohnehin über alle Einrede erhaben sind, und deren Einwirkung allgemein ist, wird ein solcher Streit berechnet. Hier fällt es also in die Begriffe, wie nothwendig es sey, zwischen jenen Rechten, welche der Regent vermöge seiner obersten Staatsgewalt auf den Complexus des Territoriums unbedingt ausübt, und zwischen jenen, welche ihm blos wegen der Regalität eines Rechtes, abgesehen von der Einwirkung der Hoheitsrechte, zustehen, und welche ihm ohne Regalität nicht zustehen würden, die strengste Gränzlinie zu ziehen.

§. 28.

Wie ferne schützt der Besitz bey Regalien?

Etwas schwieriger läßt es, zu bestimmen, ob, und in wie ferne der Besitz bey Regalien schütze?

Es ist zwar ein bekanntes Rechtsaxiom, daß der Besitz von der Angabe seines Rechtsgrundes befreye, und daß der Besitzer so lange in seinem Besitze erhalten werden müsse, bis jener, der sel-

ben in Anspruch nimmt, das Gegentheil erwiesen hat.

Mögen aber wohl dieselben Grundsätze auch bey Regalien Anwendung finden? -- Hier muß man unterscheiden: a)

1) Ob ein Recht in Frage steht, auf dessen Besitz auch Privatpersonen Anspruch machen können,

2) Oder ob von einem Rechte die Rede ist, gegen dessen Besitz von Seite der Unterthanen das Herkommen streitet.

Im ersten Falle befreyt der Besitz nach dem Auspruche des gemeinen Rechtes von der Angabe des Rechtstitels. b)

Im zweiten Falle giebt der Besitz allein keine Rechte; c) der Privatbesitzer ist also zur Angabe oder vielmehr zum Beweise des Rechtstitels verbunden. Nun muß noch untersucht werden, durch welche

a) Häberlin a. a. O. §. 377.

b) Goeckel Possessorium summarissimum, an, et quatenus adversus principem a subditis possit institui. Erlangae. 1798.

c) Gönners Handbuch des teutschen gemeinen Processes. B. IV. S. 456.

welche Verjährung Unterthanen Regalien erwerben können? -- Da Regalität eigenthümliche Rechte als Gegensatz der Hoheitsrechte bezeichnet, so ist eine unfürdenkliche Verjährung zu ihrer Verjährung nicht nothwendig, sondern es bleibt bei der Verordnung des gemeinen Rechts, nach welcher Unterthanen gegen den Fiscus Eigenthum, folglich auch Regalien, durch eine vierzigjährige Präscription an sich bringen können. d)

§. 29.

Anwendung auf das Verhältniß der landesherrlichen Gewalt zur Ausübung kaiserlicher Reservatrechte in den Territorien.

Mit den oben (§. 25 u. 26.) abgesteckten Gränzen zwischen Regalien und Hoheitsrechten, dann ihrem wechselseitigen Verhältniß, ist auch ein Maasstab aufgefunden, nach welchem die Rechte des Landesherrn rücksichtlich der von andern Subjekten in seinem Lande auszuübenden kaiserlichen Reservatrechte zu bestimmen sind. Auch diese Reservatrechte beschränken sich nur auf die Ausübung

d) Desselben Staatsrechtsdienstbarkeiten. §. 70 - 77.

eines einzelnen Rechtes, und diese Ausübung kann in einem teutschen Lande nicht anders, als unbeschadet aller übrigen Landeshoheitsrechte, geschehen. Wer das Recht, zu münzen, oder den Zoll zu erheben, oder den Vortheil von der Postanstalt zu ziehen hat, der kann auf Gesetzgebung, auf Taxbestimmung nicht Anspruch machen, sich dem landesherrlichen Oberaufsichtsrechte nicht entziehen, und auf Independenz, zum Deckmantel der Mißbräuche, zum Nachtheile der landesherrlichen Gerechtsamen sich nicht berufen. a)

Zwar macht hiegegen Hr. v. Epplen einen Einwurf, indem er b) behauptet, solche Hoheitsrechte im fremden Gebiet seyen so alt, als die Landeshoheit, mit derselben aufgewachsen, und könnten der Territorialgewalt, von der sie bisher unabhängig ausgeübt worden, nicht untergeordnet werden; sie würden sonst geradezu aufhören, das zu seyn, was sie ihrer Natur und den staatsrechtlichen Begriffen und dem Herkommen nach waren, und seyn sollen (!).

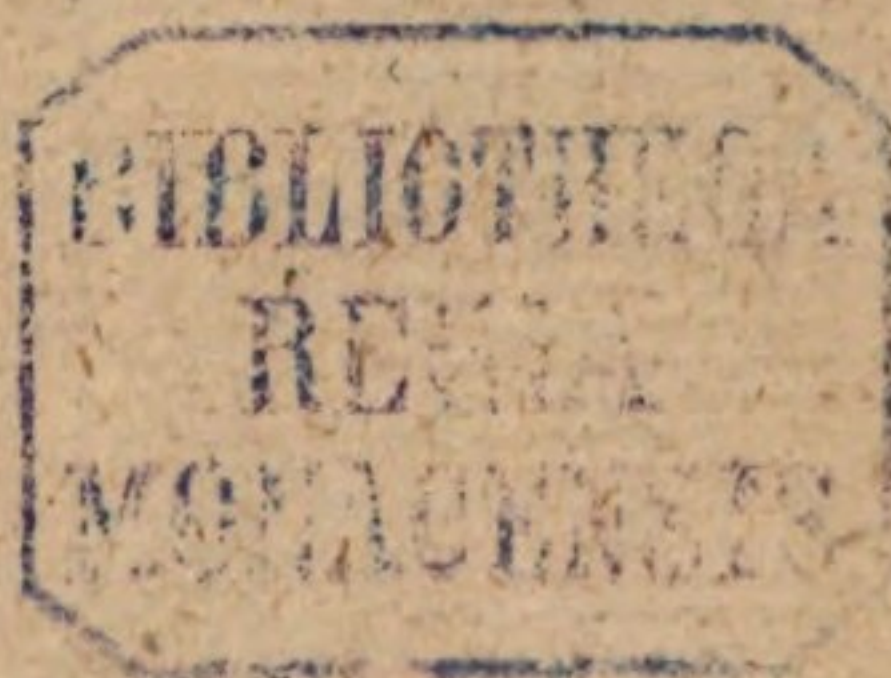
a) G ö n n e r von Staatsrechtsdienstbark. §. 84 - 90. --

Zwei Beispiele von Reichsposten in ebendess. aus-
erles. Rechtsf. B. I. S. 193. und B. II. S. 321.

b) über das Princip der t. Territorialverf. S. XI.

Aber er widerlegt sich selbst in einer andern Stelle seines Werks, welche die Folgen der Veränderungen der teutschen Staatsverfassung nach sehr richtigen Grundsätzen bestimmt. c) Dort sagt er, daß nur jene Reste der vorigen Verfassung unveränderlich an das Herkommen gebunden wurden, welche durch Kultur des philosophischen Staatsrechts eine andere Ausbildung nicht erhalten haben; da nun die landesherrliche Gewalt diese Ausbildung nicht erhielt, und das allgemeine Staatsrecht die Hoheitsrechte auch nicht durch die Subjekte, welche im Staate eine Befugniß ausüben, bedingen läßt, so kann wider den Einfluß der landesherrlichen Rechte auf den in Frage stehenden Gegenstand kein Zweifel erhoben werden.

c) ebend. S. 129.



Himmelstoß, Laurenz

Sätze aus der Rechtswissenschaft mit einer Abhandlung: Versuch einer
Entwicklung des Begriffes und der rechtlichen Verhältnisse der Regalität
in Teutschland

Landshut 1803/04

J.publ.g. 196#Beibd.1

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10559112-1